

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/002/2022
Datum	Donnerstag, 15.12.2022
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:35 Uhr
Ende	13:48 Uhr

Anwesenheit

Mitglied CSU

Bertl, Alexandra	abwesend ab TOP 7ö
Eichiner, Reinhard	
Flössler, Fabian	
Friesinger, Sebastian	abwesend ab TOP 6.2ö
Funke, Annemarie	abwesend ab TOP 8ö
Großmann, Rainer, Dr.	abwesend ab TOP 1nö
Hausberger, Claudia	abwesend ab TOP 9ö
Hobmeier, Karin	abwesend ab TOP 11ö
Kern, Michael, Dr.	
Keßler, Martina	
Kriegl, Gisela	
Kuhn, Barbara	
Linhart, Susanne	abwesend ab TOP 11ö
Loy, Josef	
Mederer, Josef	
Off-Nesselhauf, Gabriele	
Schindlmayr, Simon	
Schwab, Harald	
Schwarzenberger, Thomas	
Steinberger, Friederike	
von Löwis of Menar, Olaf	abwesend ab TOP 3ö
Weiß, Ilse	
Wetzelsperger, Georg	

Mitglied SPD

Asam, Michael
Hofmann, Irmgard
Hörl, Christina
Hügenell, Helga
Jordan, Elisabeth
Mickel, Andrea
Salvermoser, Richard

Mitglied Bündnis 90/Die Grünen

Balidemaj, Delija	
Buchwieser, Georg	abwesend ab TOP 2nö
Döring, Max, Dr.	
Eberl, Ottilie	

Goldstein, Ulrike	
Halbauer, Jan	
Harper, Sophie	
Janner, Elisabeth	
Merkel, Gina	abwesend ab TOP 11ö
Neubauer, Martina	
Schwaiblmair, Frauke, Dr.	
Siebler, Joachim	
Speierl, Anton, Dr.	
Stüber, Eckart, Dr.	
Sturm, Erika	
Tuttas, Petra	
Wagner, Martin	

Mitglied FW

Bayer, Ludwig	
Gössner, Ute	abwesend ab TOP 1nö
Grasser, Maria	
Hartl, Sepp	
Heigl, Marianne	
Hofer, Sepp	
Schanderl, Michael, Dr.	abwesend ab TOP 5ö
Schneider, Rainer	
Specker, Konrad	
Speer, Anton	abwesend ab TOP 8ö

Mitglied BP

Bock, Robert
Dorn, Hubert
Weber, Florian

Mitglied FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von
Berg, Gabriela, Dr.
Münster, Peter
Reuter, Daniel
Wunderlich, Claus, Dr.

Mitglied AfD

Demmel, Christian
Groß, Rainer
Lipp, Oskar
Stanke, Daniel
Wieser, Martin
Robin, Josef

Mitglied ÖDP

Beuting, Rolf	abwesend ab TOP 1nö
Raschke, Markus	

Mitglied Die Linke

Kirchner, Stefanie
Mayr, Maria

Mitglied Tierschutzpartei

Wittmann, Susanne, Dr.

Verwaltung

Bertenbreiter, Benedikt
Bruckmann, Wolfgang, Dr.
Büllesbach, Susanne
Erdmann, Kerstin
Fingerle, Karin
Getzlaff, Stefan
Gräbsch, Dorit
Maja, Renate
Tworek, Elisabeth, Dr.

Weitere Anwesende

Schober, Konrad, Dr.

Protokollführerin

Ewerhardy, Angelika

Entschuldigt

Mitglied CSU

Hainz, Birgit	entschuldigt
Hofstetter, Franz	entschuldigt
Wunsam, Günther	entschuldigt

Mitglied SPD

Weitzel, Katja	entschuldigt
----------------	--------------

Mitglied Bündnis 90/Die Grünen

Bohr, Sylvio	entschuldigt
--------------	--------------

Mitglied Die Linke

Weber, Klaus, Prof. Dr.	entschuldigt
-------------------------	--------------

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Haushaltssatzung 2023 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 3	Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon: Überschreitung des geplanten Defizites 2022, Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben
TOP 4	Vorstellung des finalen Klimaschutzkonzepts
TOP 5	Anträge der FDP vom 02.11.2018 und der ödp und Tierschutzpartei vom 24.04.2020: Livestream
TOP 6	Änderung der Geschäftsordnung
TOP 7	Jahresbericht der Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern mit dem Schwerpunkt für die Belange der Menschen mit Behinderungen
TOP 8	Schafhof - Europäisches Künstlerhaus Oberbayern - Anpassung des Einrichtungsnamens
TOP 9	Sachstandsbericht "Museumsforum Dachau"
TOP 10	Bestellung der Vertretungen des Bezirks Oberbayern in der Verbandsversammlung des Donaumoos-Zweckverbands
TOP 11	Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen, Geschäftsjahr 2021
TOP 12	Antrag der Linken vom 28.07.2022: Tagesordnung
TOP 13	Antrag der AfD vom 29.08.2022: Schafhof
TOP 14	Antrag der AfD vom 21.11.2022: Singen der Bayernhymne
TOP 15	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:35 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

Bezirkstagspräsident Mederer begrüßt Regierungspräsidenten Dr. Schober herzlich und bedankt sich für sein Kommen.

Bezirkstagspräsident Mederer informiert das Gremium darüber, dass die Sitzung im Livestream ausgestrahlt wird.

Regierungspräsident Dr. Schober bedankt sich beim Gremium und wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest (nach TOP4).

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 60 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Haushaltssatzung 2023 und Haushaltsplan mit Anlagen

Nach den Vorberatungen werden die Haushaltssatzung 2023 und der Haushaltsplan mit allen Anlagen beschlossen.

Der Antrag der FDP zum Thema „Haushalt 2023“ wurde mit 64 : 12 Stimmen abgelehnt.

Es beginnt die Haushaltsdebatte, in der der Bezirkstagspräsident und dann die Fraktionsvorsitzenden ihre Reden halten.

Haushaltsrede von Herrn Bezirkstagspräsident Mederer

- Es gilt das gesprochene Wort –

Lieber Regierungspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben viel vorbereitet, der Haushalt 2023 liegt Ihnen vor und wir wollen heute gemeinsam den Haushalt diskutieren und zur Abstimmung bringen.

Aber erlauben Sie mir doch eine kleine Anmerkung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Heute ist es mein 15. Haushalt, den ich als Präsident hier am Rednerpult einbringen darf.

Es ist uns immer gelungen, mit hoher Verantwortung unseren Finanzrahmen zu stellen und die Statistik lässt grüßen. In den 15 Haushalten haben wir immerhin 26 Mrd Euro im Verwaltungshaushalt und 850 Mio im Vermögenshaushalt eingesetzt, also gewaltige Summen. Da sehen Sie was hier geleistet wurde, wieviel Geld notwendig ist und dass wir natürlich auch immer wieder sehr verantwortungsvoll mit dem Geld umgehen. Deshalb ist es mir wichtig, neben dem Haushalt für das kommende Jahr auch ein paar Dinge rückblickend in meiner Amtszeit zu betrachten.

Ich möchte mit großer Überzeugung sagen, dass es uns gelungen ist, alle unsere Aufgaben zu erfüllen und, ich betone, gemeinsam zu erfüllen. Das Gemeinsam ist mir sehr wichtig, es gibt keine One-Man-Show. Es war mir immer wichtig, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, zu finden, anzugehen und umzusetzen. Deshalb fielen auch viele Entscheidungen mit großer Mehrheit, viele auch einstimmig in einer sachorientierten und zielführenden Debatte.

Wir haben in der vergangenen Wahlperiode viele Weichen gestellt. Ich denke daran, dass wir das Projekt Bezirk 2030+ angegangen sind, weil wir es nicht dem Zufall überlassen wollten, wo die Reise hingeht. Nein, wir wollten es kontrolliert angehen und wir haben uns weiterentwickelt. Eine

große Leistung. Ich blicke aber auch mit großer Freude auf die Umsetzung unserer Pflegestützpunkte zurück. Wenn wir morgen im Landkreis Dachau den 19. Vertrag unterschreiben, dann zeigt dies auch, dass wir hier gewaltig in die Zukunft gegangen sind. Wir erkennen dies an unserem Krisendienst Psychiatrie. Wenn hier 30.000 Menschen jährlich anrufen und diese Notrufnummer in Anspruch nehmen, dann sehen Sie, dass wir hier für die Gesellschaft Wichtiges leisten, wenn die Seele krank ist. Auch im Klinikbereich ist es uns eine Weichenstellung gelungen, indem wir in Garbersee/Wasserburg auf unserem Gelände Psychiatrie und Somatik vereint haben.

Wir warten in den Jahren meiner Amtszeit auch gefordert, die ambulante Pflege zu übernehmen und das Bundesteilhabegesetz umzusetzen. Eine gewaltige Leistung! Bei der Gesetzgebung haben wir viele Impulse aus Oberbayern eingebracht.

Dann unser Zukunftskonzept Kloster Seeon, dass wir beim Bau an unsere Schöpfung denken. Meine Aussage vor vier Jahren hier am Rednerpult war, wir brauchen eine Arbeitsgruppe für Nachhaltigkeit. Mittlerweile wichtiger denn je sind wir hier der Impulsgeber gewesen. Was uns auch mit großem Zusammenhalt gelungen ist, dass wir die Corona-Krise gemeistert haben. Wir haben Antworten gegeben an alle unsere Einrichtungen, die dankbar waren, dass wir so agiert und reagiert haben.

Was wir bei der Eingliederungshilfe geleistet haben, war gewaltig. Wir haben vieles erreichen können. Aber all das hat uns in der bisherigen Amtsperiode sehr viel abverlangt und wir werden auch weiterhin schwierige Zeiten haben, insbesondere der russische Überfall auf die Ukraine wird uns noch längere Zeit begleiten.

Unter diesen Arbeitsbedingungen mussten wir unseren Haushalt aufstellen, der nicht einfach war. und den Umlagezahlern gegenüber war es auch wichtig, dass wir nicht nur sagen, wir brauchen Geld. Wir haben gemeinsam die Verantwortung. Diese Verantwortung gilt natürlich unseren Einrichtungen und Diensten, aber insbesondere den Menschen, die Hilfe brauchen. Sie müssen Hilfe bekommen, egal ob Corona oder Ukraine, wir müssen hier Antworten geben. Das ist uns gelungen. Und deshalb nutzen wir die Rahmenbedingungen, die uns vorgegeben waren.

Wir waren erfreut, dass wir 10,5 Prozent Umlagekraftsteigerung in Oberbayern hatten. Das hat Geld in die Kasse gebracht, aber wir mussten auch beachten, dass die Herausforderungen gestiegen sind. Der Zuwachs war erfreulich und enorm. Aber dieser Zuwachs war gerade dazu prädestiniert, dass wir die Umlagepunkte mit 22,0 gleichlassen können und ein bisschen aus der Rücklage entnehmen und Kreditermächtigungen aussprechen können. Das zeigt, dass wir ein verlässlicher Partner für unsere Umlagezahler sind. Es gab natürlich Diskussionen mit unseren Umlagezahlern und Anträge, um 0,3 zu senken. Natürlich könnten wir um 3,5 Umlagepunkte senken. Aber die 5 Mrd Euro, die der Bund den Kommunen zur Finanzierung des BTHGs zur Verfügung gestellt hat, sind zu den Kommunen gekommen, aber nicht zu den richtigen. Sie sind bei den Gemeinden, den Landkreisen gelandet. Wir könnten 3,5 Punkte niedriger sein, aber wir sagen immer zu den Landräten und den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, das ist geliehenes Geld, bitte gebt uns das wieder ohne zu Murren. Diese 3,5 Umlagepunkte wären genau die Antwort zur Senkung des Hebesatzes. Wir haben uns im Oktober mit allen Landrätinnen und Landräte ausgetauscht und wir haben unseren Haushalt vorgestellt. Herr Getzlaff und Frau Hirschhuber konnten sehr deutlich belegen, was wir in unseren Ansätzen dringend brauchen, um unserem Auftrag gerecht zu werden. Sie haben sehr bewusst nachvollziehen können, für was wir das Geld brauchen. Wir brauchen es nicht für den anonymen Bezirk, wir brauchen es für Menschen, die in den Gemeinden und Landkreisen wohnen. Die brauchen diese Hilfe und die müssen wir Ihnen geben. Und auch mit den Zahlungsströmen, die wir für die Landkreise und kreisfreien Städte erstellen, haben wir belegen können, wieviel Geld in die Landkreise zurückfließt. Ich kann mich erinnern, anfangs meiner Zeit hatten wir 135 Mio Euro Schulden. Und meine Ansage war immer, in guten Zeiten muss man tilgen, es könnten unter Umständen wieder andere Seiten kommen. Und die Gefahr ist am Himmel, dass wieder die Zeiten anders kommen könnten. Umlage mit Augenmaß. Das ist unser Motto gewesen, das haben wir auch umsetzen können. Ein kleiner Griff in die Rücklage, aber wir wollen auch wieder Rücklagen aufbauen und wenn wir am Ende nächsten Jahres wieder 72,3 Mio Euro Rücklagen haben, freuen wir uns. Es stehen große Aufgaben bevor, und wir wollen verlässlich

gegenüber den Umlagezahlern sein. Und auch hier wollen wir mehr Kontinuität wahren, und was wir nicht brauchen sollten, kommt im nächsten Jahr wieder den Umlagezahlern zugute.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir als Bezirk Oberbayern natürlich bei den Finanzausgleichsverhandlungen, wenn es um Artikel 15 geht, sehr erfreut sind, wenn der Freistaat Bayern 706 Mio Euro den bayerischen Bezirken gibt. Eine schöne Summe. Aber was bleibt für Oberbayern übrig. Immerhin 32,4 Mio Euro. Wenn man beachtet, dass 1/3 von Bayern Oberbayern ausmacht, hätten wir einen theoretischen Anspruch von 235 Mio Euro. Das ist auch ein Zeichen der Solidarität, der Starke muss dem Schwachen helfen. Völlig in Ordnung. Aber es sollte hier schon angesprochen werden.

Und der Bereich Soziales ist natürlich mit Abstand unser größter Posten. Die Gesamtausgaben hier im Einzelplan Soziales liegen bei 2,267 Mrd Euro im Einzelplan 4, davon der Zuschussbetrag 2,026 Mrd Euro. Eine Steigerung von 161,5 Mio. Da sehen Sie, dass wir an der sozialen Verantwortung nicht sparen, die Haushaltslage ist nach den Bedarfen orientiert. Die Bedarfe haben sich natürlich gewaltig verändert. Zum einen brauchen immer mehr Menschen Hilfe in der Eingliederungshilfe. Zum anderen wollen wir auch Antworten geben auf die Herausforderungen der Zeit. Denn wir wissen alle, wie die Tarifabschlüsse ausschauen, dass wir das einpreisen müssen, ebenso die Aufwendungen für Energie, für Sachkosten. Geschehen ist dies in hoher Verantwortung mit Herrn Getzlaff, mit der Sozialverwaltung, mit den Trägern. Die Steigerungen wollen wir nächstes Jahr im Sozialbudget abbilden können. Und sollte das wider Erwarten nicht reichen, haben wir die Chance, aus der Rücklage etwas zu entnehmen und nicht in eine Kreditfinanzierung von Sozialleistungen zu kommen. Also von der Seite her ein Netz mit doppeltem Boden. Wir sind verantwortlich und wollen das vermitteln und rüberbringen. Der Bereich Pflege und Soziales ist eine gewaltige Herausforderung.

Hier liegen die Gesamtausgaben bei 340 Mio. Euro, ungedeckt bleiben nur 26 Mio Euro, ein Plus von 45 Mio. Euro. Die Ausgaben steigen, auch hier wollen wir ein verlässlicher Partner sein, damit die Pflegekräfte nach Tarif bezahlt werden können.

Die Eingliederungshilfe stellt uns ebenfalls vor gewaltige Herausforderungen. Die Gesamtausgaben liegen bei 1,349 Mrd. Euro, eine Steigerung um 103,7 Mio Euro. Daran sehen Sie, dass wir auch hier Antworten finden müssen zu Tarifabschlüssen, Energiekosten usw. Soweit wir planen können, haben wir das eingepreist. Es ist mir ganz wichtig, erneut darauf hinzuweisen, dass wir nicht nach Hause gehen, um Kürzungen zu verkünden. Nein, wir sind hier ein verlässlicher Partner. Was notwendig ist, muss gegeben werden. Individuelle Hilfe wird gewährleistet. Wir haben eine Qualität, die steht, die wollen wir nicht schlechter machen, eher besser und individueller machen. Diese Strukturen wollen wir in der Eingliederungshilfe absolut erhalten und das muss gewährleistet werden, deshalb brauchen wir diesen Haushalt, so wie er Ihnen vorliegt. Da ist für mich kein Raum für Senkungsdiskussionen.

Ich stehe auch dazu, dass neben Sozialem für uns auch Schule, Bildung, Kultur ganz wichtig sind. Das hat Corona gezeigt. Wenn Kulturveranstaltungen nicht mehr stattfinden können, fehlt uns und der Gesellschaft etwas. Auch da sind wir ein verlässlicher Partner, da gibt es auch keine Kürzungen oder Anpassungen. Ich sag immer, Kultur ist ein Lebensmittel, das gehört zum Leben mit dazu. Und auch da haben wir die Verantwortung, setzen uns dafür ein.

Wir wollen uns mit dem gewaltigen Schulbau der Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt auseinandersetzen, der Architektenwettbewerb läuft ja gerade. Wir wollen hier unsere Freilichtmuseen auf der Glentleiten und in Amerang entwickeln, unsere Heimat und Kultur wollen wir ebenfalls mitfinanzieren. Kloster Seeon haben wir ja vor langer Zeit schon begonnen, hier werden wir im nächsten Jahr sicherlich erfolgreich abschließen. Unser Zentrum für Musik, Literatur und Populärmusik in Bruckmühl wollen wir neu aufstellen. Wir haben ein Gebäude gekauft, welches baulich und auch inhaltlich neu aufgestellt wird. Eine tolle Einrichtung, die wir mit Leben füllen können.

Wir investieren auch in die Carl-August-Heckscher-Schule, die Schulen für Holz und Gestaltung in Garmisch-Partenkirchen sind ich ebenfalls dabei, genauso unser Schulzentrum in Johanneskirchen und noch viele weitere Einrichtungen.

Wichtig ist auch, dass wir 1,6 Mio Euro für erneuerbare Energien einsetzen werden. Man sieht, dass wir Antworten für die Zukunft finden, weil wir uns mit dem Projekt 2030+ schon lange auseinandergesetzt haben, wo die Reise hingehen kann und muss. Und das geht nur gemeinsam mit der Politik, mit der Verwaltung und all unseren Einrichtungen, da haben wir mittelfristig unsere Hausaufgaben gut gemacht.

Mit dem Klimaschutzkonzept, was wir heute besprechen, wollen wir deutliche Weichen stellen, dass wir als Bezirk Oberbayern uns verantwortlich sehen

Wir haben viele Aufgaben und Ausgaben zu schultern. Und die Aufgaben können nur erledigt werden, wenn wir ausreichend und hochqualifiziertes Personal haben.

Uns muss klar sein, dass wir hier im Ballungsraum im Wettbewerb zu den anderen Behörden stehen. Deshalb müssen wir ein attraktiver Arbeitgeber sein und bleiben. Wir setzen intensiv auf eigene Ausbildung. Wir haben mittlerweile über 150 zumeist junge Menschen in Ausbildung in unterschiedlichen Bereichen bei uns.

Den Haushalt 2023 mit dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen aufzustellen, war sicherlich nicht einfach. Dies war aber dank unserer erstklassigen Finanzverwaltung möglich. An Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber nochmal ein ganz, ganz herzliches Dankeschön. Im Vorfeld waren viele Gespräche mit den Budgetverantwortlichen und der Politik notwendig.

Sie sehen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass wir einen Gesamthaushalt von 2 Mrd 457 Mio 925 Tsd. Euro vorlegen. Verwaltung und Vermögen zusammen. Diese gewaltigen Summen bedeuten höchste Verantwortung. Der Hebesatz mit 22,0 ist notwendig, um alle unsere Aufgaben in der Pflege, der Eingliederungshilfe und im Kulturbereich anzugehen. Die Gesamtverantwortung liegt bei uns.

Ich möchte mit großer Freude und Genugtuung, nicht mit Überheblichkeit, feststellen, dass wir in den letzten 15 Jahren sehr viel für den Bezirk Oberbayern leisten konnten, viel für sehr viele Menschen leisten konnten. Wir haben ein Ziel für unsere Reise gefunden und ich hoffe, dass wir die restlichen 11 Monate noch den Haushalt umsetzen dürfen, dies mit großer Gemeinsamkeit und großem Engagement tun können. Wir haben eine hohe Verantwortung an unseren Aufgaben, vor allem für die Menschen, die Hilfe brauchen. Wenn uns das gelingt, haben wir vieles erreicht. Denn dem Menschen zur Seite stehen, das ist doch das Wertvollste, was wir in unserer politischen Verantwortung tun können.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung des Haushalts, und nochmal der Dank an alle, die mitgewirkt haben. Ein herzliches vergelt's Gott. Halten wir zusammen, damit wir auch die Aufgaben gut erfüllen können.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Loy (Fraktion CSU)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Schober,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, verehrte Vizepräsidenten,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bezirk Oberbayern,
verehrte Bezirkstagskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren

Als ich 2008 meine erste Haushaltsrede hier halten durfte, hatten wir eine Banken- und Wirt-

schaftskrise zu bewältigen. Die Spareinlagen unserer Bürgerinnen und Bürger waren damals nicht mehr sicher und konnten nur durch eine verlässliche Aussage der politisch Verantwortlichen im Bund, gerettet werden.

Heute sind wir wieder mit Krisen und unsicheren Zukunftsaussichten konfrontiert. Corona, Krieg in der Ukraine, Flüchtlingsströme, Energieversorgung, Gesundheitsversorgung, Finanzierung der Krankenhauslandschaft und ganz aktuell aus den letzten Tagen, der Versuch von nicht demokratischen Kräften in unserem Land, die Regierung zu entmachten und die Staatsgewalt an sich zu reißen.

Das alles sind Herausforderungen, die es zu bewältigen gibt. Und das geschieht nicht mit Halbwahrheiten, mit Angstparolen, mit Black-out-Diskussionen, mit Abducken hinter den Fragen der Zeit.

Wir brauchen Antworten auf die Fragen der Zeit, wir brauchen Lösungen für die soziale, wirtschaftliche und sichere Versorgung unseres Landes und deren Bevölkerung.

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Demokratie.

Wie beantworten wir im Bezirkstag von Oberbayern, mit unseren großen Aufgaben, diese Herausforderungen: Wir beantworten die Fragen mit Verlässlichkeit, mit Vertrauen, mit Entwicklung, mit Zukunftsplanungen, mit Entscheidungen und Zuversicht.

Eine Antwort gibt auch unser Haushalt für 2023. Eine Antwort, die nicht Angst und Hilflosigkeit verbreitet, sondern Sicherheit, Verlässlichkeit und Entwicklung.

Werfen wir gemeinsam in einigen Bereichen den Blick auf das gelungene Werk Haushalt 2023.

Zunächst steigt unser Finanzvolumen im Verwaltungshaushalt auf 2,4 Mrd. €. Zur Erinnerung, im Haushalt 2009 lag die Summe bei 1,23 Mrd. €.

Die Steigerung beträgt 212,0 Mio. € gegenüber 2022 und ist vor allem in den Sozialaufwendungen begründet. Abdecken können wir diese Steigerung mit der hohen Umlagekraft, mit einer Entwicklung von plus 10,5 Punkten oder 200 Mio. €. Dafür erhalten wir ca. 40 Mio. € weniger FAG-Mittel und die restlichen 160 Mio. benötigt der Ausgabentopf im Sozialhaushalt.

Also allein mit der Umlagekraftsteigerung gleichen wir den Haushalt aus.

An dieser Stelle einen großen Dank an die Wirtschaft, das Handwerk und das produzierende Gewerbe für die täglichen Anstrengungen in allen Ebenen, zur Entwicklung einer ergebnisorientierten und zukunftsorientierten Wirtschaft.

Die sichere finanzielle Ausstattung der Bezirke bleibt ein Dauerthema. Wir sind umlagefinanziert und verpflichtet, die nicht durch Einnahmen gedeckten Finanzmittel über die Umlage zu erheben.

Dabei ist uns die Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie wichtig. Die Absprache und Transparenz mit den Umlage-Zahlern schafft weitgehend Zustimmung auch für 2023.

Dank an unseren Präsidenten und die Finanzverwaltung für den Austausch auf Augenhöhe.

Trotzdem dürfen wir nicht müde werden, die dauerhaft zu bewältigenden sozialen Herausforderungen nicht allein auf den Kommunen abzulasten. Hier sind auch Bund und Land gemeinschaftlich mit der kommunalen Familie gefordert, den sozialen Frieden zu bewahren und zu finanzieren.

Wie können wir Verlässlichkeit und Sicherheit für 2023 begründen:

- Mit einem ausreichend bemessenen Personalbudget: 60 Stellen mehr Berücksichtigung von Tarifsteigerung zwischen 4,0 und 2,8%. Keine Kürzungen und keine Streichung der verdienten Leistungseinstufung

- 2,2 Mio. € mehr für unsere Schulen im Bereich Personalentwicklung, Energiekosten, Unterhalt, Schülerbeförderung
- 1,1 Mio. € mehr im Kulturbereich: Energieversorgung, Gebäudeunterhalt, Personalaufwendungen, Förderung der Kultur- und Denkmalpflege
- 161,5 Mio. € mehr im Einzelplan 4, Soziales und Jugend, unter Berücksichtigung
- Mehrbedarf für die Leistungserbringer im Personal- und Versorgungsbereich der Pflegereform 2021 der steigenden Fallzahlen. Keine pauschalen Kürzungen von berechtigten Leistungen

Wir bleiben bei der personenbezogenen Hilfe.

Wir bleiben ein verlässlicher Partner aller Einrichtungen und Dienste.

Wir bleiben dabei, alles zu unterstützen, das zur Teilhabe in der Gesellschaft beiträgt.

Dabei bleiben wir dem Grundsatz treu, ambulant vor stationär. Der neu gegründete Inklusionsbeirat wird uns dabei konstruktiv begleiten. An dieser Stelle einen großen Dank an unsere beiden Inklusionsbeauftragten für ihren Dienst und ihren Einsatz in Oberbayern.

Die Versorgung unserer Einrichtungen mit qualifiziertem Pflegepersonal ist und bleibt eine große Aufgabe und ist nicht nur mit Geld zu lösen, sondern auch mit familiengerechten Arbeitsbedingungen, lebensnahen Arbeitszeitmodellen und Anerkennung der erbrachten Leistungen

Die Förderung der freien Wohlfahrtspflege, mit all den Beratungs- und Unterstützungsangeboten erreicht im kommenden Jahr die Summe von knapp 113 Mio. €.

Ver mehrt strömen wieder Flüchtlinge in unser Land. Dabei trifft uns wieder das Thema unbegleitete Jugendliche. Der staatlich zugesagte Tagessatz mit 40 €, vollkommen unzureichend, endet in Kürze und hier muss verhandelt und nachgebessert werden, damit die kommunale Familie nicht alles allein schultern muss.

Sicherheit, Verlässlichkeit und Zukunft im Gesundheitswesen:

Keine Ausgleichszahlungen für unsere Kliniken des Bezirks Oberbayern. Im Gegenteil, alle unsere Kliniken können ihre Aufgaben, sowohl menschlich, medizinisch, als auch wirtschaftlich, mit positivem Ergebnis bewältigen.

Dank und Anerkennung an alle verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen klinischen Einrichtungen.

Und wir entwickeln noch in die Zukunft:

- Klinikeinweihung, zusammen mit ROMED, in Wasserburg
- Standortplanungen in Rosenheim, Wolfratshausen und Großhadern
- Wirtschaftsplan 2023 mit positivem Abschlussergebnis
- Erfolgsmodell Krisendienst
- § 64 b SGB V mit der sektorenübergreifenden Hilfe. Ein Modell, das nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern Praxis werden muss in ganz Oberbayern
- Masterplan für die Erwachsenenpsychiatrie
- Weitere Regionalisieren in der Kinder- und Jugendpsychiatrie

Unsere Fachberatungen Imkerei und Fischerei leisten hervorragende Arbeit und sind engagiert, dass die Aus- und Weiterbildung entwickelt wird, dass Erkenntnisse aus der Wissenschaft in die tägliche Praxis umgesetzt werden.

Ein Klimaschutzkonzept mit all den notwendigen Massnahmen um Klimaneutralität zu erreichen.

Damit all die tägliche Arbeit bewältigt werden kann, muss auch die Infrastruktur angepasst und entwickelt werden.

Hier nur einige wenige Entwicklungsvorhaben

Ausbau unseres Zentrums für Volksmusik, Literatur, Populärmusik und Archiv in Bruckmühl. Hier lassen wir uns nicht beirren und stützen alle Leitungskräfte, mit der Bereitschaft, unser Zukunftskonzept konsequent umzusetzen.

- Ausbau in Benediktbeuern, mit weiteren Ausstellungs- und Verwaltungsflächen
- Neubau des Ausstellungsgebäudes in Amerang, mit herkömmlichen Baustoffen
- Neubau der Johann Nepomuk von Kurz Schule in Ingolstadt
- Weiterentwicklung des Museumforums in Dachau
- Entwicklung eines Zukunftskonzeptes für das Agrarbildungszentrum in Landsberg
- Neubau an der Schulen für Holz und Gestaltung in Garmisch-Partenkirchen
- Neubau Kinderzentrum, zweiter Bauabschnitt
- Abschluss der zeitgemäßen Ausstattung im Kloster Seeon sowie die Baumaßnahmen am Klosterweg mit Tagescafé, Imkerei und Fischerei
- Aufbau der Siedlung Nordoberbayern am Freilichtmuseum Glentleiten

Um die Zukunftsentwicklungen und Investitionen meistern zu können, planen wir eine Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt, eine Entnahme aus den Rücklagen und eine geringe, aber vertretbare Kreditaufnahme.

Der Schuldenstand liegt Ende 2022, mit 0,5 Mio. € so niedrig, wie noch nie in den letzten 19 Jahren meiner Mitarbeit als Bezirksrat.

Der Bezirk Oberbayern ist sich seiner Verantwortung bewusst und den Menschen in Oberbayern verpflichtet. Deshalb brauchen wir ein stabiles Finanzwerk, das auf sicheren Füßen steht.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Stellenplan zu.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf mit allen Anlagen für 2023 zu.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Hebesatz mit 22 Punkten zu.

Am Ende gilt es Dank zu sagen an viele Frauen und Männer, die zum Gelingen unserer Aufgaben und Herausforderungen beitragen:

- An die gesamte Verwaltung, mit allen Referaten wie Kultur, Schule, Soziales
- An die Finanzverwaltung
- An unsere Kultureinrichtungen in Bruckmühl, Glentleiten, Amerang, Benediktbeuern, Schafhof und Donaumoos
- An unsere Kliniken kbo
- An unsere Schulen und Ausbildungseinrichtungen
- An unsere Gutsverwaltung
- An unser Bildungs- und Kulturzentrum Kloster Seeon
- An die Baugesellschaften OH/DH
- An unsere Kooperationspartner Freie Wähler und SPD für die konstruktive Zusammenarbeit
- An unseren Präsidenten und seine beiden Stellvertreter
- An alle Bezirksrätinnen und Bezirksräte für die Zusammenarbeit

Wir wünschen Ihnen alle noch ruhige und beschauliche Adventstage, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest, stabile Gesundheit, Kraft, Mut, Erfolg, Zuversicht und Hoffnung für 2023.

Vor allem aber wünsche wir uns Frieden unter den Menschen und Nationen, gestärkt durch Respekt und Wertschätzung der Mitmenschen.

Gottes Segen für uns alle, unsere schöne und lebenswerte Heimat und unseren Bezirk Oberbayern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Neubauer (Fraktion Bündnis90/Die Grünen)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Dank an Josef Joy für sein Bekenntnis zur Demokratie. Appell, auch im Wahlkampf nicht nach rechts zu blinken.

„Bayerns Wälder, Wiesen, Gewässer, Moore und Berge sind einzigartige Lebensräume, die den Reiz, die Schönheit und die Unverwechselbarkeit Bayerns ausmachen. Naturnahe Biotope ebenso wie unsere traditionellen Kulturlandschaften beherbergen wertvolle Naturschätze. Mit dem Erhalt der vielfältigen Lebensräume wird das landschaftliche Erbe Bayerns gesichert.

In besonderer Weise müssen Lebensraumtypen wie Hochmoore, Streu- und Buckelwiesen, für die Bayern eine besondere internationale Verantwortung hat, im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen. Denn diese Biotoptypen haben innerhalb Mitteleuropas bei uns ihren Verbreitungsschwerpunkt. Als einziges deutsches Bundesland mit Alpenanteil trägt Bayern in besonderem Maße Verantwortung für den Erhalt der alpinen Lebensräume und der dort beheimateten Tier-, Pflanzen- und Pilzarten.“ so die Homepage des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz.

Noch bis zum 19. Dezember findet die 15. Weltnaturkonferenz im kanadischen Montreal statt. Nun fragen Sie sich vielleicht, werte Kolleginnen und Kollegen, was hat das alles mit uns zu tun? Sehr viel!

Der Verlust der Artenvielfalt bedeutet den Verlust unserer Lebensgrundlagen (Nahrung, medizinische Wirkstoffe, sauberes Wasser, Schutz vor Überflutungen ...). Und wir können ganz konkret und regional einen Beitrag leisten. Wir stellen schnellstmöglich auf 100 % erneuerbare Energien um, gehen sparsam mit unseren Ressourcen um, begrünen unsere Fassaden, betreiben auf unseren Gutsflächen ökologischen Landbau, gehen mit unseren Waldflächen verantwortungsbewusst um

– ja – und wir unterstützen auch unsere Bienen! Bedauerlich, dass Sie so kleinen, aber wirksamen Anträgen nicht zustimmen. Wir bleiben dran! Das ist eines unserer Versprechen – auch an die nachfolgenden Generationen.

Heute steige ich in unsere Debatte vielleicht etwas ungewöhnlich ein. Und wenn wir in den letzten beiden Jahren noch von ungewöhnlichen Zeiten gesprochen haben, so müssen wir uns jetzt eingestehen, dass wir uns viel intensiver auf den Umgang mit Krisen einstellen müssen. Wir finden, dass die Verwaltung gerade in den letzten Jahren gezeigt hat, dass sie flexibel und innovativ sein kann, dass in vielen Fällen bürokratische Hürden abgebaut wurden und Handlungsspielräume genutzt wurden. Deshalb möchte ich – trotz aller Kritik in einzelnen Bereichen und Fällen – an dieser Stelle den herzlichen Dank an alle Mitarbeitenden in der Verwaltung, den Einrichtungen und unserem Klinikkonzern aussprechen. Uns ist klar, dass in den vergangenen beiden Jahren vieles von Ihnen, sehr geehrte Mitarbeitende, abverlangt wurde – mit einem Danke ist es nicht getan. Wir stimmen heute auch über einen Stellenplan ab, der die Arbeitslast wieder besser verteilen soll. Davon sollen die Bürgerinnen und Bürger, unsere Kooperationspartner genauso wie Sie profitieren.

Das kann aber nur gelingen, wenn wir die Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt auch finden. Dafür sind vielerlei Anstrengungen und auch neue Ideen erforderlich. Neben attraktiven Arbeitszeitmodellen und einer fairen Bezahlung spielen Wohnraum und Entwicklungsperspektiven sicher eine bedeutende Rolle – gerade in der Metropolregion. Verweigern Sie sich nicht den Bestrebungen der Ampel-Regierung, Zuwanderung endlich einfacher zu gestalten – wir profitieren alle davon!

Oberbayern erscheint immer noch als die Insel der Seligen. Bis auf wenige Ausnahmen können die Landkreise und kreisfreien Städte von einer steigenden bzw. stabilen Umlagekraft zehren und ihre Aufgaben erfüllen ohne die Gemeinden und Städte mit der Kreisumlage in Notlagen zu bringen. Das ist aber nicht überall so – und damit wird die Kritik an der Bezirksumlage wieder lauter. Wir sind davon überzeugt, dass der Haushalt – trotz aller Unwägbarkeiten – auf soliden Füßen steht. Dafür an 1. Stelle ein herzliches Dankeschön an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, die uns mal wieder einen Samstag geschenkt haben und das Zahlenwerk der Verwaltung kompetent erläutert haben.

Erlauben Sie mir, noch einige wenige Themen anzusprechen, die nicht immer so im Fokus stehen.

Erinnerungskultur:

Wir sind sehr dankbar dafür, dass insbesondere das Isar-Amper-Klinikum unter Federführung von Prof. Brieger sich intensiv mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzt und Mitarbeitende ebenso wie die interessierte Öffentlichkeit über den Prozess der Aufarbeitung und Auseinandersetzung informiert. Der Arbeitskreis Erinnerungskultur, eine Vielzahl von Veranstaltungen, Treffen mit den Angehörigen und erste Veröffentlichungen lassen uns hoffen, dass zumindest auf Bezirksseite eine ernsthafte und dauerhafte Auseinandersetzung mit unserer Geschichte stattfindet und dass wir den Opfern ihre Würde zurückgeben. Wie sehr der Freistaat Bayern nun endlich die Karten auf den Tisch legt und über sein Konzept XXXXX informiert und kooperiert steht wohl in den Sternen. Mit dem Aufarbeiten und dem Lebendig halten der Erinnerung leisten wir auch einen Beitrag gegen Judenhass, Menschenfeindlichkeit und Rassismus.

Dass unser kulturelles Leben, die Unterstützung der Künstler*innen, der Erhalt unserer vielfältigen Institutionen, die Neubelebung unseres ZAMMA-Festivals kein Selbstzweck sind, dürfte vielen hier klar sein. Kultur ist kein add-on, Kultur gehört genauso zur Daseinsvorsorge wie der ÖPNV. Kultur bietet Räume für Debatten, zum Nachdenken und auch zum Entspannen und Lachen. Kultur ist ein wichtiger Garant für unsere lebendige Demokratie.

Jugendarbeit ist kein „Goodwill“ sondern nach SGB XIII eine verpflichtende Aufgabe des Bezirks, die er dem Bezirksjugendring als Körperschaft des öffentlichen Rechts und Fachstelle für die Jugendarbeit überträgt.

Wir leben in einer Zeit vielfältiger und zumeist noch ungelöster Probleme, die vor allem die heute jungen Menschen herausfordern werden, oder schon jetzt herausfordern. Jugendarbeit als geschützter Raum, wo Kinder und Jugendliche selbstorganisiert, selbstbestimmt und selbstwirksam Beteiligungs- und Gestaltungsprozesse einüben können, ist der beste Ort, um Leben in all seinen Dimensionen zu lernen und die eigene Resilienz zu stärken.

Jugendarbeit ist auch per se eine Form der Demokratie- und Politikbildung. Dabei darf Jugendarbeit aber nicht verzweckt werden, um gesellschaftliche Probleme zu reparieren. Sie muss als eigenständiger Teil von Bildung wahrgenommen und gefördert werden.

Ein paar wenige Worte zum Einzelplan 4 – auch wenn er der umfangreichste und personalintensivste ist. Mit dem BTHG und BayTHG wurde eine wichtige Reform auf den Weg gebracht; allein bei der Umsetzung hapert es. Immer noch steht die Befürchtung – ist nur eine Befürchtung? – im Raum, dass die finanziellen Mittel nicht bei den Betroffenen, sondern in der Bürokratie ankommen.

Das Voranschreiten der SGB VIII-Reform unser neues Kinder- und Jugendstärkungsgesetz ist eine Chance, der UN-BRK einen Schritt näher zu kommen. Endlich Hilfen aus einer Hand! Keine Exklusion, sondern Inklusion. Ja, dafür bedarf es der Umsteuerung, der Neuausrichtung der Jugendämter, der kooperativen Zusammenarbeit zwischen Bezirken und Jugendämtern und des Abbaus von Personal bei den Bezirken und des Ausbaus und qualifizierten Stellen in den Jugendämtern. Das ist richtig so!

Handlungsbedarf besteht u.a. beim Thema Investitionsförderung. Wenn wir hier nur an letzter Stelle noch unser Plazet geben und nicht im Vorfeld in Entscheidungen eingebunden werden, Qualitätskriterien auf Grundlage der UN-BRK und sozialplanerischer Aspekte einfließen, dann kann sich

bei innovativen Wohnformen, dem Umbau von Werkstattplätzen etc. nichts tun. Hier müssen wir im kommenden Jahr gemeinsam vorankommen.

Gesundheit

Trotz aller Probleme im Gesundheitssystem, gibt es dieses Jahr auch eine erfreuliche Nachricht, die Einführung eines § 64b Modellvorhabens am kbo-Isar- Amper-Klinikum. In diesem wird die Verzahnung der verschiedenen Versorgungssektoren (stationär, ambulant, teilstationär und stationsäquivalent) verbessert.

Erfreulicherweise haben sich die Krankenkassen kooperativ gezeigt, so dass die Bürgschaft in Höhe von 5 Millionen, die der Bezirk gewährt hat, nicht gebraucht wird. Viel Erfolg wünschen wir allen Akteur*innen, die bei der Umsetzung des Modellprojekts mitwirken.

Besonders bitter ist im Gegensatz dazu die Entwicklung bei den upb, den unabhängigen psychiatrischen Beschwerdestellen.

Während diese sich beim Bezirk als Erfolgsmodell entwickelten, werden sie nun durch die überbordende Bürokratie im Gesundheitsministerium behindert. Momentan sind nur noch zwei von sieben Beschwerdestellen aktiv, die anderen haben beim Kampf mit den Formularen aufgegeben. Dabei geht es lediglich um den Verwendungsnachweis von jährlich 10.000 Euro Sachkosten pro Beschwerdestelle, die gesamte Beratungsarbeit erfolgt ehrenamtlich.

Gesundheitsminister Holetschek fordert: „Quantensprung beim Bürokratieabbau“ er sollte im eigenen Haus damit anfangen!

(Zitat Holetschek beim 81. Ärztetag, aber er sagt es auch sonst dauernd bei jeder Gelegenheit)

Fast zu guter Letzt:

Wir werden der Haushaltssatzung zustimmen. Wir stimmen dem Haushalt zu, weil er auskömmlich aufgestellt ist, die Fragezeichen mit Blick auf Folgen des Krieges von Russland gegen die Ukraine was Kosten für Energie und Inflation betrifft und in allen Fachgremien sowie im Bezirksausschuss durchleuchtet und beraten wurde.

Wir erwarten, dass im Bezirkstag weiterhin für eine solide Finanzierung der bayerischen Bezirke gekämpft wird. Mit den Wahlen im kommenden Jahr werden wir hier neue Konstellationen haben. Es ist uns ein Anliegen, gemeinsam mit den demokratischen Parteien dafür Sorge zu tragen, dass demokratiefeindliche Gruppierungen und Parteien nicht in den Parlamenten vertreten sind.

Wünsche:

Ihnen allen ein schönes Weihnachtsfest, eine geruhssame Zeit „zwischen den Jahren“. Lassen Sie uns die Menschen, die wegen Krieg und Konflikten, wegen der Folgen der Klimakrise auf der Flucht sind, diejenigen, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, nie aus dem Blick verlieren. Gemeinsam für ein solidarisches Miteinander. Bleiben Sie gesund und lassen Sie uns mit Mut und Zuversicht die Aufgaben gestalten. Für ein vielfältiges, soziales und offenes Bayern!

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Hofer (Fraktion Freie Wähler)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Schober,
sehr geehrter Herr Präsident Mederer,
sehr geehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Herr Getzlaff, Frau Hirschhuber, besten Dank für die transparente Aufbereitung des Haushaltes 2023. Dank einer enormen Umlagekraft-Steigerung in Oberbayern konnten wir die Bezirksumlage auf 22% halten.

Angesichts der hohen Verschuldung vieler Landkreise und der weitgehenden Schuldenfreiheit des Bezirks Oberbayern, könnte man aus Gründen der Solidarität mit den anderen kommunalen Ebenen über eine Senkung der Bezirksumlage um z.B. 0,5 Prozentpunkte nachdenken. Andere Bezirke handeln so, doch wohl eher aus wahltaktischen Gründen. Da es aber immer um Geld der Kommunen geht, wollen wir diesen Weg nicht gehen, sondern die Haushaltsplanung ausschließlich an den Aufgaben des Bezirks Oberbayern ausrichten. Weiterhin werden die 5 Kommunalmilliarden von den ersten zwei Kommunalen Ebenen als die Ihren angesehen.

Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben meine Vorredner schon sehr viel genannt. Lassen Sie mich mehr auf die Aufgaben des Bezirks eingehen und was sonst so los war im letzten und in diesem Jahr:

- Wir bilden aus, und wir bilden weiter. Um es genau zu sagen: 129 Personen. Besonders wichtig ist uns dabei die Ausbildung der jungen Menschen. Denn wenn junge Menschen in Arbeit und Brot sind werden die Flausen im Kopf weniger.
- 29.000 Anrufe beim Krisendienst Psychiatrie allein in Oberbayern im Jahr 2021. Eine erschreckende Zahl wenn man bedenkt, dass es auch noch andere „Not Telefone“ gibt. Die Telefonseelsorge, den Frauen- und Mädchennotruf usw. Sind wir mal gespannt wieviel Anrufe es 2022 sein werden. Wie wirken sich die Folgen der Pandemie aus?
- „Man soll nicht mitmachen beim Verwischen der Spuren“ sagte neulich Ilja Richter in einem Interview. Sie wissen schon, Ilja Richter: „Licht aus! Womm! Usw. „Man soll nicht mitmachen beim Verwischen der Spuren“ sagte der heute 70-jährige jüdisch abstammende Moderator, Sänger und Schauspieler, den die meisten aus ihrer Jugend- und Teenagerzeit kennen. Dass der Bezirk Oberbayern alles andere als Spuren verwischt, ganz im Gegenteil, das ist zwischenzeitlich noch mehr dem Engagement von Herr Professor Brieger und seinem Team zu verdanken. Gerade im Bereich Erinnerungskultur ist es wichtig, in unserer Vergangenheit zu graben.“ Keine Spur darf verwischt werden“!
- In einem ganz anderen Fall, aber auch hier soll nichts vom Tisch gewischt werden. Es geht um den „Förderverein des Volksmusik Archivs“. Der war lange Zeit ein wichtiger Bestandteil für die Arbeit der Volksmusikpflege in Oberbayern. Durch die strukturellen und persönlichen Änderungen hin zum ZeMuLi wurde offensichtlich, dass eine Mitarbeit des Fördervereins in der bisherigen Form nicht mehr stattfinden sollte. Da diese Arbeit aber für die Volksmusikpflege in Oberbayern eminent wichtig bleibt, wurde über eine Satzungsänderung notgedrungen die Unabhängigkeit vom Bezirk und damit die Möglichkeit herbeigeführt, Projekte mit allen möglichen Partnern zu realisieren. Somit ist es nun am Bezirk und damit an uns, die Zusammenarbeit neu zu definieren und diese auch angemessen finanziell zu unterstützen. Der Förderverein war und ist nicht irgendein Player im Feld der Volksmusik, sondern das Bindeglied zwischen Forschung und Praxis in Oberbayern. Dies muss auch in einer besonderen Förderstellung zum Ausdruck gebracht werden. Ich möchte es mal mit einfachen Worten beschreiben. Uns Freien Wählern ist es wichtig, dass an Weihnachten noch Saiten- und Blasinstrumente gespielt, „Stille Nacht“ und „Ihr Kinderlein kommet“ gesungen wird! Anstatt „Merry Christmas“ oder „White Christmas“ und dergleichen, das derzeit wieder aus allen Röhren auf Christkindlmärkten und Geschäften dröhnt. Diese Art Amerikanisierung finde ich ziemlich widerlich. Der „Förderverein des Volksmusik Archiv“ stand und steht für traditionelle und brauchwürdige Volksmusik, so haben wir es uns vom Bezirk Oberbayern auf die Fahnen geschrieben.
- Beim Kloster Seeon lichten sich allmählich die Baustellen. Die Zimmer sind fertig, die Heizung läuft, samt Holzvergaser, die Räumlichkeiten für das Seminarzentrum Fachberatung Fischerei und Imkerei stehen kurz vor der Fertigstellung. Im Werkausschuss wurde die Frage gestellt, ob sich die Investitionen jemals rentieren. Ich glaube, wer einmal ums Kloster herum spaziert, der weiß, es hat sich rentiert!

Pflegestützpunkt in Rosenheim

Ist es denn wirklich 5 vor 12 in der Pflege?

Nur ein paar Stichpunkte des fast zweistündigen Gesprächs möchte ich herausgreifen und die Damen zum Teil zitieren:

- Die vielen gesetzlichen Kassen die es gibt.....
 - Es fehlt an allen Ecken und Enden an Pflegeplätzen.
 - Akademisierung der Pflegekräfte - NEIN –.....
 - Pflege müsste wieder verstaatlicht werden.....
 - Ab den Fallpauschalen von 1995 ist es bergab gegangen.
 - Die Entlastungsleistungen von 125 Euro.....
- Auch in diesem Zusammenhang viel wieder der Begriff Zivi, bzw. Verpflichtendes Soziales Jahr! Oder auch Menschen, die von unserem Staat in irgendeiner Weise unterstützt werden, KÖNNTEN einen Teil dieser Leistungen übernehmen! Leistung für Leistung.....So würde es nach gesundem Menschenverstand funktionieren.....
- Unterm Strich läuft der Pflegestützpunkt Rosenheim sehr gut, auch die Zusammenarbeit mit der Kollegin aus dem Bezirk, die zweimal in der Woche vor Ort ist.

Ich durfte das Gespräch aufzeichnen. Bei Minute 32 Minuten von 105 Minuten habe ich beim Zusammenstellen dieser Rede aufgehört, sonst würde es den heutigen Rahmen sprengen. Unterm Strich sehr interessante und praxisbezogene Ansätze zur Reformierung der Pflege. Tun ist angesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn vom Reden alleine wird die Sau nicht fett.

Und zum Schluss noch, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Thema Bayernhymne im Plenum: Ich singe die Bayernhymne sehr gerne auf Trachtenfeste oder Feldmessen oder wenn der Kollege Friesinger was macht mit seinem Bayernbund. Aber da herinnen halte ich es eher wie der Engel Aloisius aus dem Münchner im Himmel: *I hab no nie gsungen, dann sing i da herinnen erst recht ned! Dasst Di auskennst!*

Die Fraktion der Freien Wähler Bayern wird dem Haushalt 2023 zustimmen.
Ich darf euch im Namen unserer Fraktion schöne Weihnachten und ein gutes gesundes neues Jahr wünschen.

Herzlichen Dank!

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Hügenell (Fraktion SPD)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Schober, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer, sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

ich werde jetzt in den folgenden Einlassungen im Namen der SPD-Bezirkstagsfraktion zum Haushalt 2023 Stellung nehmen.

Auch dieses Jahr haben uns Frau Hirschhuber und Herr Getzlaff ausführlichst den umfangreichen Haushalt erläutert und konnten auch unsere Nachfragen hinlänglich beantworten. Ein herzliches Dankeschön dafür.

Die Eckdaten des vorgelegten Haushalts sind ja allen bekannt, da möchte ich gar nicht näher darauf eingehen. Ich werde auch nicht auf alle Themen und Beschlüsse eingehen– dies haben wir ja in den entsprechenden Ausschüssen mit unserer Zustimmung mitgetragen. Das soll auch keine Wertung sein.

Durch einen sehr sicheren, soweit wie eben möglich vorsichtig kalkulierten Haushalt für das

Jahr 2022 ist der prognostizierte Rücklagenstand für das Jahr 2023 höher als ursprünglich erwartet, ebenso musste die Kreditermächtigung in 2022 nicht in Anspruch genommen werden. Daher sind wir u.a. mit Blick auf das Jahr 2023 in einer finanziell relativ komfortablen Ausgangslage, eine Umlageerhöhung ist nicht nötig. Dies ist positiv und dies, ohne dabei den Rotstift angesetzt zu haben. Im Gegenteil. Aber trotzdem haben wir die Grundsätze im Blick sparsam und wirtschaftlich zu handeln.

Die angesetzte Kreditermächtigung für den Investitionshaushalt 2023 tragen wir natürlich mit. Die Liste der Investitionen in allen Bereichen ist zukunftsorientiert.

Die Mehreinnahmen durch die nochmalige Erhöhung der Umlagekraft ist erfreulich, die Gründe hierfür sind u.a. die pandemiebedingten Ausgleichszahlungen, allerdings sinkt der Anteil an den FAG Mitteln erheblich. Der Schuldenstand ist zum Ende 2022 fast auf null.

Es war ein richtiges und wichtiges Signal an Einrichtungen und Träger, dass die pandemiebedingten Mehrausgaben oder Veränderungen wohlwollend und flexibel gehandhabt wurden, sowohl im Sozialbereich als auch u.a. im Kulturbereich.

Allerdings stehen wir jetzt vor großen neuen Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine, der Energiekrise und der hohen Inflationsrate. Inwieweit die umfangreichen Hilfspakete des Bundes, ebenso des Landes dies zum Teil auffangen ist nicht abschätzbar.

Die Haushaltsansätze in allen Bereichen berücksichtigen die Inflationsrate und die Kosten der gestiegenen Energiepreise. Die Haushaltsberatungen mit allen Partnerinnen und Partner intern als auch extern waren konstruktiv geprägt und im Blick, dass die Finanzausstattung auskömmlich ist, handlungsfähig macht und Weiterentwicklungen erlaubt, dafür ein Dank von unserer Fraktion an alle Partnerinnen und Partner.

Nun zum Sozialbereich, hier haben wir erhebliche Ausgabensteigerungen von über 160 Millionen Euro. Dies hat unterschiedliche Gründe: Personalkostensteigerungen, Fallzahlsteigerungen, ebenso den Ausbau von Angeboten, sowohl im pauschal finanzierten Bereich als auch bei den Platzangeboten.

In den Vorjahren lagen die Erhöhungen zwischen 80 und 90 Millionen Euro. Dies zeigt deutlich, dass die Kostensteigerungen durch die hohe Inflation und Energiekrise vorausschauend berücksichtigt wurden. Wir sparen nicht im Sozialbereich. Im Gegenteil, wir stehen an der Seite unserer Zuschussnehmer*innen/ Einrichtungen und betroffenen Bürgerinnen und Bürger für die wir als Bezirk Verantwortung tragen.

Die Pflegestützpunkte sind fast flächendeckend in ganz Oberbayern eingeführt. Dies macht eine wohnortnahe Beratung möglich, ergänzt durch die Außensprechstunden der Sozialverwaltung über die Leistungen des Bezirks. Dies ist ein großer Erfolg

Für die stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen, wenn wir auch nicht unmittelbar zuständig sind, braucht es eine schnelle Lösung bei den Pflegesatzverhandlungen, damit kleinere Einrichtungen wegen der zu zahlenden Tariflöhne und der gestiegenen Kosten nicht schließen müssen.

Der Psychiatrische Krisendienst hat sich bewährt und ist nicht mehr weg zu denken. Die regelmäßigen Berichte im Sozialausschuss belegen dies.

Die Konstituierung des Inklusionsbeirats auf Oberbayernebene hat inzwischen stattgefunden und kann mit Leben gefüllt werden – dies ist eine wichtige Entwicklung für die Inklusion.

Die Stellenplan-Mehrungen wurden uns ausführlich in der Fraktion vorgestellt, diese tragen wir als SPD mit. Die Stellenmehrungen im Sozialbereich gehen einher mit politischen Entscheidungen, aber auch den Zielen von Bezirk 2030 plus. Wir erhoffen uns davon eine zügigere Bearbeitung von Anträgen und Abrechnungen.

Leider sind immer noch eine Anzahl von Stellen unbesetzt, trotz umfangreicher Bemühungen, Fort- und Weiterbildungsprogrammen.

Bezirk 2030 plus hat viele neue Prozesse in der Verwaltung angestoßen und konstruktive Veränderungen ermöglicht, die es sonst nicht gegeben hätte. Die begleitende Arbeitsgruppe mit Vertretern und Vertreterinnen aus der Politik hat sich bewährt.

Einen großen Dank an Sie, Fr. Dr. Tworek, für die vielen Akzente, die Sie im Kulturbereich initiiert, auf den Weg gebracht und begleitet haben.

Die Umstrukturierung im Kulturreferat, Dank da auch an Herrn Dr. Göttler hinsichtlich der Zusammenlegung der Leitung und der Bezirksheimatpflege.

Die Standortfrage für den Neubau der Nepomuk von Kurz Schule Ingolstadt ist endlich geklärt und ebenso entsprechend Mittel im Haushalt eingestellt.

Kloster Seeon –

Ein Großteil der Sanierungen ist abgeschlossen im Rahmen des Zukunftskonzepts. Ebenso ist die Weitsicht zu benennen sich von fossilen Energiequellen fast unabhängig gemacht zu haben. Ein echtes Erfolgsprojekt. Die personelle Situation ist teils immer noch angespannt, trotz der Einführung eines Haustarifs. Kritisch anzumerken ist allerdings die Regelung der Bonuskarte bei Krankheitstagen, dass dies auch bei Arbeits- oder Wegeunfällen und bei chronischen Erkrankungen angewandt wird.

Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik – kurz ZeMuLi

Wir als SPD Fraktion werden den weiteren Umwandlungs-, Um- und Ausbauprozess weiterhin aktiv unterstützen und begleiten. Personell sind wir inzwischen gut aufgestellt. Die Mitarbeitenden vor Ort brauchen und haben den Rückhalt der Politik. Wir hoffen die Querelen nehmen endlich ein Ende. Die Gelder für die notwendigen umfangreichen Investitionen sind ebenso eingestellt.

Als sehr gelungen ist die Veranstaltungsveröffentlichung des ZeMuLi zu erwähnen - ein sehr schöner und vielfältiger Auftritt.

Nun zum kbo, es schreibt immer noch schwarze Zahlen. Gerade durch die Pandemie war es eine große Herausforderung die psychiatrische Versorgung der Menschen in Oberbayern zu gewährleisten.

Immer im Blick die Entstigmatisierung der Psychiatrie. Die Dezentralisierung hat eine hohe Priorität, beispielhaft sei der Grundstückserwerb in Wolfratshausen genannt – Aufbau von wohnortnahen Angeboten, Tageskliniken, psychiatrische Institutsambulanzen. Im Rahmen von kbo 2030plus möchte ich als positiv die "kbo- Nachhaltigkeitsstrategie" erwähnen, die 12 Punkte beinhaltet und von einer externen Firma bei der Entwicklung und Implementierung begleitet wird. In Anlehnung an die SDGs der Vereinten Nationen. Der Neubau Kinderzentrum geht gut voran, dazu gehört auch der Neubau der Außenstelle der August Heckscher Schule, das ist sehr erfreulich.

Die Probleme in der Kinder- und Jugendpsychiatrie sind bekannt und werden angegangen, zusätzliche Räumlichkeiten im Bereich kbo-Klinikum Ost wären vorhanden, aber leider fehlt das entsprechende Personal.

Als positiv ist noch das kbo-Modellprojekt nach §64 b SGB V – sektorübergreifende Versorgungsstrukturen zu benennen.

Wir als SPD-Fraktion stimmen dem Haushalt 2023 in der vorgelegten Fassung zu.

Mit Blick auf die kommenden Jahre muss die Finanzausstattung durch das Land deutlich verbessert werden um dem gesetzlichen Auftrag, den wir als Bezirk zu erfüllen haben, auch gerecht zu werden und damit die kommunale Familie entlastet wird.

Wir sind der Auffassung, dass wir trotz der schwierigen Zeiten gute Entscheidungen getroffen haben, für das Jahr 2023 gute Vorhaben planen und vorantreiben, neue Akzente setzen in Richtung Inklusion. Inklusion ist als Querschnittsaufgabe zu sehen. Ebenso die Ausgestaltung des Kulturbereichs, den Klimaschutz mit dem Ziel der Co2 Neutralität bis 2030 und der Ökologie in Oberbayern. Ich danke allen im Namen der SPD-Bezirkstagsfraktion, sowohl auf den Lei-

tungsebenen als auch den Beschäftigten der Bezirksverwaltung, unserer Kliniken, der Einrichtungen, ebenso unseren Partnerinnen und Partnern die Anliegen und Aufgaben zu bewältigen und im Blick die Zukunft Oberbayerns zu gestalten.

Unser Dank geht ebenso an den Bezirkstagspräsidenten, die Koop-Partner*innen und die Bezirkstagskolleg*innen für die meist gute und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Bürger*innen in Oberbayern und den Anliegen des Bezirks.

Ich/wir wünschen Ihnen und Ihren Familien trotz der persönlichen, sicherlich auch beruflichen, aber auch für uns als Politikerinnen und Politikern fordernden Zeiten ein geruhsames Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Helga Hügenell - Fraktionssprecherin der SPD-Bezirkstagsfraktion

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Demmel (Fraktion AfD)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, werte Kollegen,

die Alternative für Deutschland ist vor rund vier Jahren zum ersten Mal in dieses Haus eingezogen. Als wir damals unser Ehrenamt antraten, war uns allen noch nicht vollumfänglich klar, was genau auf uns zukommen wird.

Niemand konnte damals ahnen, welche Krisen wir zusätzlich zu den eigentlichen Aufgaben bewältigen werden müssen. Der harte Corona-Lockdown, der noch heute nachwirkt, Krieg in Europa, die hohe Inflation und die Energiekrise haben alles völlig durcheinandergewirbelt und uns vor große Herausforderungen gestellt und wird uns allen auch noch lange vieles abverlangen.

Wir als Fraktion werden uns weiterhin in der Sache konstruktiv einbringen und unsere Sichtweisen darlegen. Und wir werden kritisch hinterfragen und unseren Auftrag als Bezirksräte erfüllen.

Was wir aber mit Sicherheit nicht tun, ist es, über Kollegen despektierlich zu sprechen, oder diese zu diskreditieren.

Wir werden hier nicht auf Personen losgehen und auch niemanden beleidigen. Das gebietet allein schon der Anstand. Leider gelingt das nicht jedem, der sich selbst als Musterdemokraten bezeichnenden Kollegen.

Heute geht es nicht um die Verunglimpfung anderer Bezirksräte, oder die Verbreitung der eigenen Vorstellungen. Sondern um die Verabschiedung des Haushalts und um die Erfüllung der bezirklichen Aufgaben, die sich zu rund 94% an sozialen Themen orientieren.

An dieser Stelle spreche ich unseren herzlichen Dank an Frau Hirschhuber und Herrn Getzlaff für die Aufbereitung und Präsentation des Haushaltsentwurfs und die gute Beantwortung unserer Fragen aus.

Wie immer ist das hervorragend aufbereitet und handwerklich sauber gemacht. Vielen Dank dafür!

Und auch die Arbeit der Verwaltung, die den Pflichtaufgaben verantwortlich nachkommt, wird voll

und ganz anerkannt.

Sicher gibt es auch viele Elemente, die man verbessern kann, werden doch die Haushaltsspielräume in Zeiten einer staatlich verordneten Mangelwirtschaft und Rezession enger, aber das ist nicht der Punkt.

Werter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

die sozialen Belange sind die Kernaufgaben der Bezirke: für die Integration, Inklusion und für die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben ist zu sorgen, um selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Und es geht auch um die Menschen in den Pflegediensten, Verbänden, Ambulanzen und Kliniken, in Altenheimen, Werkstätten, Schulen und Bildungseinrichtungen und um die Ehrenamtlichen, die sich intensiv darum kümmern, dass diese komplexen Aufgaben gelingen und die zivilisierte Gesellschaft es sich leisten kann, jeden mitzunehmen, der es allein nicht schaffen würde.

Das zählen wir zu den primären Pflichtaufgaben, die wir selbstverständlich nicht beschränken wollen. Worauf wir achten ist, dass das aufgebrachte Geld auch möglichst beim Hilfebedürftigen ankommt und der bürokratische Aufwand gering bleibt.

Werte Kollegen,

jedes Jahr weisen wir genau darauf hin und mahnen an, dass die essenziellen Aufgaben erfüllt werden und freiwillige Aufgaben konkret auf den Prüfstand kommen müssen. Besonders in einer Zeit, in der die Welt von Krisen, Krieg und extremen Bedrohungen erschüttert wird, müssen ideologische Projekte hintenanstehen.

Unseren Warnungen zum Trotz, sehen wir aber keine wirkliche Umkehr. Wir ermächtigen den Bezirk wieder, Schulden aufzunehmen und auf die Rücklagen zurückzugreifen. Diesmal soll die Bezirksumlage zwar stabil bleiben. Aber die Lage wird sich nicht bessern. Und trotzdem wird weitergemacht, wie gewohnt, statt sich endlich auf das Wichtigste zu beschränken.

Dazu gehören solche Projekte, die unnötig sind, sondern stattdessen bestimmte Ideologien verfolgen und viel Steuergeld verbrauchen.

Es muss allen klar sein, dass alle staatlichen Förderungen immer Steuergelder sind, die vom Steuerzahler erwirtschaftet werden müssen. Egal, ob das Geld dann der Bund, das Land oder die Kommune verteilt.

Die Gründung immer mehr Fachgremien, Ausschüsse und dergleichen, um z.B. die Gendersprache einzuführen, das Klima zu steuern oder die Bezirksgüter CO₂-neutral zu gestalten, gehört für uns genauso geprüft, wie der Einsatz externer Berater für den Berater des Beraters.

Teure Gutachter und aufwendige Machbarkeitsstudien können wir uns nicht leisten.

Für uns ist es völlig unverständlich und inakzeptabel, dass eine Mehrheit in diesem Hause unkritisch den hemmungslosen, ideologisch getriebenen Forderungen einer schrillen Minderheit hinterherläuft, die auch noch in Anspruch nimmt, die alleinige Wahrheit zu verkünden.

Ideen, wie die nebulösen Forderungen, unsere erfolgreiche und kompetent geführte Bezirkslandwirtschaft mit weltfremden Vorstellungen angeblich ökologisch umzubauen oder am besten gleich alle Nahrungsproduktionsflächen für die flatterhafte Energieernte umzuwidmen.

Oder die Parkplätze für die Beschäftigten und Besucher aufzulösen, um stattdessen 250 qm Grünfläche fürs Klima zu pflanzen.

Wir finden den angeblichen Klimaschutz weder zielgerichtet noch nützlich. Es macht keinen Sinn, hier „sauber“ zu sein, dafür aber in der dritten Welt Rohstoffe mit Kinderarbeit abzubauen, den

Bauern das Wasser abzugraben und die Umwelt massiv zu schädigen. Dies wird auch gefördert durch die von Ihnen beschlossene Anschaffung von E-Autos für den Fuhrpark des Bezirks.

Es hat eben keinen Sinn, im letzten Winkel der freien Natur und in den Wäldern Bäume zu fällen, tausende Tonnen Beton in den Boden zu bringen, um dort Windräder zu installieren, deren Eignung für eine flächendeckende Grundlastversorgung ohnehin bezweifelt werden muss.

Wie wir alle sehen, schadet es massiv, Funktionierendes zu zerstören, bevor bereits Tragfähiges geschaffen wurde und die Menschen dadurch zu zwingen, zu sparen oder zu frieren.

Ja, es muss Umweltschutz betrieben werden. Umweltschutz, der wirklich Sinn ergibt und für die Menschen sozial verträglich und wirtschaftlich vertretbar ist, anstatt sie in den Ruin zu treiben.

Wir sind der Meinung, dass der Kampf gegen Extremismus dringlich geboten ist, aber auch, dass dieser nicht zu den originären Aufgaben der Bezirke gehört. Trotzdem unterstützen wir es, über die Bezirksjugendringe und Jugendbildungsstätten der Jugend die Werte der Demokratie näher zu bringen. Das gelingt aber nur, wenn dabei Extremismus von allen Seiten betrachtet wird und nicht einseitig als Kampf gegen eine Richtung missbraucht und Demokratie als Gesinnungskampf eingesetzt wird.

Zum demokratischen Diskurs gehören in keinem Fall die Anwendung von Gewalt oder die Begehung von Straftaten. Es kann nicht sein, dass Gruppierungen, wie „Die letzte Generation“ ihren Protest genau damit begehen, Straßen zu blockieren und den „ökologischen Klassenkampf“ zu fordern. Da werden Kulturgüter und bedeutungsschwere christliche Symbole aus ehrwürdigen Tagungsräumen entfernt, wie im Ratssaal Münster oder Bibelzitate an historischen Gebäuden, wie dem Stadtschloss in Berlin unkenntlich gemacht.

Liebe Grüne und Mitläufer, distanzieren Sie sich doch bitte einmal eindeutig von solchen Kriminellen und offenen Feinden der freiheitlich demokratischen Grundordnung, und unseres Grundgesetzes!

Wir haben vor den schädlichen Maßnahmen wegen CoVid19 gewarnt und wurden dafür verächtlich gemacht. Heute müssen sich Akteure für völlig inadäquate und falsche Entscheidungen entschuldigen. Welche Schäden tatsächlich angerichtet wurden, sei es durch Lockdowns, Besuchsverbote, Masken oder Impfungen, zeigt sich selbst in den etablierten Medien mehr und mehr. Das ganze Ausmaß der Schäden ist aber noch lange nicht abzusehen, und wird noch viel Aufarbeitung erfordern.

Meinungen und Lösungsvorschläge müssen breit und sachlich diskutiert und kritische Meinungen müssen genauso gehört werden. So funktioniert die Demokratie in der Realität.

Anstatt aber mit uns zu reden, sich also mit einer anderen Meinung auseinanderzusetzen, werden pauschal irgendwelche unlautere Absichten unterstellt. Das ist nicht sehr vorbildhaft und alles andere als demokratisch.

Handeln Sie wie Demokraten und lassen Sie andere Meinungen und Sichtweisen zu. Auch, wenn Ihnen der Inhalt nicht gefällt!

Unsere Anträge werden typischerweise standardmäßig abgelehnt oder nicht einmal behandelt. Wir wissen, dass es die Absprache der selbsternannten „Demokraten“ gibt, niemals der AfD zuzustimmen – selbst dann nicht, wenn die Idee sinnvoll ist. Da nutzt es dann auch nichts, wenn Kollegen zu uns kommen und uns im Flur sagen, dass sie eigentlich genau unserer Meinung sind, aber sie uns nicht zustimmen dürfen. Ist das Ihre Auffassung von Demokratie?

Wir hingegen stimmen allen Anträgen zu, bei denen wir inhaltlich mitgehen können. Und viele Anträge finden wir tatsächlich auch gut.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sagen, vieles, was Sie hier vorhaben, passt nicht zum Bezirk Oberbayern und seinen Aufgaben und Zielen der sozialen Betreuung und Teilhabe, der traditionellen Kultur- und Heimatpflege, der Zuwendung zum Menschen.

Meine Damen und Herren, auch, um damit ein Signal zu setzen, für die uneingeschränkte Rückkehr zu Freiheit, Vernunft und Rationalität, lehnt die Fraktion der Alternative für Deutschland, den Haushalt 2023 ab.

Meine Damen und Herren, im Namen der AfD-Fraktion wünsche ich Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest, und eine gesunde, glückliche und erfolgreiche Zukunft in Frieden, Freiheit und guter Gesundheit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Gräfin von Baudissin-Schmidt (Fraktion FDP)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrter Herr Präsident,
verehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

heute obliegt es mir, die Einschätzung der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf des Bezirks Oberbayern für das Jahr 2023 zu vertreten. Den Ausführungen meiner Vorredner zur Aufgabenerfüllung bei den Nachwehen der Pandemie, wie aber vor allem auch den Herausforderungen aus dem russischen Angriffskrieg mit seinen Folgen der Energiekrise und damit uns unbekannt hohen Inflation schließe ich mich uneingeschränkt an. Jedoch sind wir als FDP vor allem Lösungsfinder und nicht nur Problembeschreiber. Die Haushaltsaufstellung ist die Königsdisziplin der kommunalen Selbstverwaltung. Der Kämmerei gebührt dafür großer Dank, insbesondere Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, aber auch den Mitarbeiterinnen der strategischen Personalplanung, die uns die Ansätze in Fraktionsgesprächen näherbrachten. Wir alle - persönlich oder virtuell anwesend - sind uns der Tatsache bewusst, dass wir die großen Aufgaben des Bezirks, besonders die Pflichtaufgabe der überörtlichen Sozialhilfe zu bewältigen haben. Viele der Projekte des Bezirks haben meine Vorredner bereits erwähnt. Dem Dank an das Präsidium, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirks und seiner Beteiligungen schließe ich mich an dieser Stelle ausdrücklich an.

An diesem wichtigen Prozess der Haushaltsentwicklung ist jedoch die politische Ebene dieses Hauses quasi nicht eingebunden. Wir erhalten höchst grobe Zahlen kurz vor der Besprechung dieser mit den Landräten, um anschließend in der Detailedarstellung zu erfahren, dass keinerlei Einflussmöglichkeit mehr bestünde, da ja bereits die Landräte informiert seien und zugestimmt hätten. Diesen Prozess hinterfragen wir, da er die Beteiligung der politischen Ebene im Ergebnis quasi aushebelt. Nichtsdestotrotz haben wir als FDP- Fraktion konkrete Änderungsanträge gestellt, da wir zu einem anderen Ergebnis gekommen sind, das sich nach unserer Einschätzung ebenso gut vertreten lässt, der kommunalen Familie aber mehr Spielräume lässt und die finanzielle Verantwortung des Bezirks klarer widerspiegelt. Dabei stehen wir hinter dem Bezirk und seinen innovativen Ideen, um das große Ziel der Inklusion weiter voranzutreiben. Uns ist bewusst, dass das Handeln des Bezirks Oberbayern zur Umsetzung der vielen Pflichtaufgaben eine Strahlkraft in alle Ebenen, nicht nur in Bayern, sondern auch in der ganzen Bundesrepublik Deutschland erreicht. Diese Strahlkraft wollen wir mit unseren Änderungsanträgen um die Thematik sparsame Haushaltsführung erweitern.

Der Haushalt unterliegt dabei stets den Grundsätzen kommunalen Haushaltsrechts, der Haushaltsklarheit und -wahrheit und vor allem der sparsamen Haushaltsführung. Folgerichtig hat der Bezirkstag, wie auch der Bayerische Bezirkstag bereits in den vergangenen Jahren die durch Ge-

setzesnovellen entstandenen Mehraufwendungen kritisch beleuchtet, beispielsweise die Kostentragung des Angehörigenentlastungsgesetzes oder die Nicht erfolgte Weitergabe von Bundesgeldern zur Eingliederungshilfe. Eine dringend notwendige Reformierung der Finanzierung unserer Bezirksebene wurde zu Recht bereits im bayerischen Bezirkstag angesprochen und würde durch die FDP gerne unterstützt.

Die FDP Fraktion hat schon die letzten Jahre die Kostensteigerungen kritisch hinterfragt. Dieses Jahr erscheint und der Personalanstieg nicht mehr gerechtfertigt. Zum einen sind die Personalkosten aus uns vorgestellten Konzepten sowohl bei der 1. Sachbearbeiter-Ebenen als auch bei der Neukonzeption des Schafhofs ein Dorn im Auge, sind doch damit die Grundlagen unserer Entscheidung nicht mehr eingehalten. Gleiches dürfen wir noch im ZeMuLi erwarten. So sehen wir in der strikten Einhaltung des verabschiedeten Konzepts zur 1. Sachbearbeiter- Ebene eine Einsparung zum Vorschlag hier von 13 Stellen und einer Höhergruppierung, sowie beim Schafhof durch eine Halbierung einer Stelle ebenso Potenziale, wie auch durch die bereits in den vergangenen Jahren kritisierten Verbeamtungen mit deren kostspieligen Ruhestandsgeldern in der Zukunft. Diese Anregungen und Kritikpunkte haben wir bereits in den Vorbesprechungen zum Ausdruck gebracht.

Mit einer weiteren Umschichtung der Finanzausstattung des Vermögenshaushaltes aus der Rücklage, statt aus der Umlage, könnte der größte Posten eingespart werden. Und die erneut vorgeschlagene pauschale Kürzung. Dies rechtfertigt sich aus den in den vergangenen Jahren nicht benötigten Umlagen durch Unterschreitung der Planansätze, die in die Rücklage umgeschichtet wurden. Auch im Haushaltsjahr 2022 sind wieder nicht benötigte Umlagegelder von ca. 25 Mio zu erwarten, wie uns berichtet wurde. Diese nicht benötigten Umlagegelder müssen nun der Kommunalen Ebene zurückgegeben werden. Gleichzeitig haben die Planungen der letzten Jahre gezeigt, dass hier ein finanzieller Puffer enthalten zu sein scheint, der durch die Umlage die finanzielle Schieflage in vielen Gemeinden mitverantwortet. Diesen Puffer möchten wir als FDP mit der pauschalen Kürzung der Ansätze im Einzelplan 4 begegnen. Mein Kollege Münster hatte schon im vergangenen Jahr diese Sachverhalte genau erläutert, auf die ich hier noch einmal verweisen möchte. Die Aufgabenmehrungen und Kostenexplosionen sind in allen kommunalen Ebenen zu finden, die Kostendeckungen dafür leider nicht. Hier ist mehr Zusammenhalt der kommunalen Familie von uns als FDP gefordert. Unsere Verantwortung ist es, die Kommunen, die jetzt keine Hilfen mehr erwarten dürfen, aber mit den bereits jetzt sich abzeichnenden Mindereinnahmen umgehen müssen, nicht mit dieser Entwicklung allein zu lassen. Vielmehr sollten wir unseren Finanzbedarf auch an den aktuellen Steuereinnahmen orientieren. Die Umlagekraft zeigt sich hier als eine denkbar ungeeignete Größe zur Finanzplanung.

Zusammengenommen erreichen die Einsparungsvorschläge, die wir in Anträgen in den vorbereitenden Ausschüssen eingebracht haben, etwa eine Größenordnung von 28 Mio. €. Dieser Betrag hätte eine Senkung der Bezirksumlage von 22,0 auf 21,7 % zur Folge. Wir bitten daher zunächst um Unterstützung für unsere Änderungsanträge.

Aus den genannten Gründen sehen wir, die FDP-Fraktion im Bezirkstag Oberbayern, uns nur eingeschränkt in der Lage, dem vorgelegten Haushaltsentwurf für 2022 zuzustimmen und werden diesen folgerichtig nicht in unserer Gänze unterstützen können, sollten unsere Änderungsvorschläge nicht berücksichtigt werden. Wir haben deshalb innerhalb der Fraktion die Entscheidung für diesen Fall freigegeben.

Auch ich darf Ihnen und Ihren Familien am Ende ein frohes Fest wünschen und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2023.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Mayr (Fraktion DIE LINKE)

- Es gilt das gesprochene Wort –

Frau Mayr verliest die Rede von Prof. Dr. Klaus Weber, der krankheitsbedingt nicht anwesend ist.

They don't really care about us (Michael Jackson)

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

da dies die letzte Haushaltsrede in dieser Wahlperiode sein wird, möchte ich ein paar Dinge Revue passieren lassen. Zwei Sachen sind es, die ich ansprechen will: Da ist zum einen die Verfahrensweise des Präsidenten im Umgang mit Wortbeiträgen, mit Anfragen und mit Anträgen, vor allem der *LINKEN*. Und da ist unsere Kritik an der Sozialverwaltung des Bezirks, die – und es handelt sich um keine Einzelfälle – das Leben von Menschen mit Behinderung systematisch schwerer macht als es schon ist, diese Menschen schikaniert und demütigt.

I Demokratie unbekannt

Als erstes möchte ich dem Bezirkstagspräsidenten Mederer (CSU) gratulieren: Kein anderer Politiker in meiner 45-jährigen politischen Laufbahn hat es geschafft, den Zweifel daran, was Demokratie und kommunale Selbstverwaltung bedeuten, so zu stärken wie er es getan hat. Zweimal hat er während einer Sitzung meine Rede abgebrochen, weil er die Macht über das Mikrofon hat. Beim ersten Mal geht es um den Bericht über eine Frau mit Behinderung, die nach 20 Jahren PKW-Finanzierung diesen nicht mehr bezahlt bekommt; bei der trotz eines Behinderungsgrades, der 24 Stunden Assistenz benötigen würde, nur 13,5 Stunden vom bezirklichen Fachdienst „ermittelt“ wurden. Ihr Wunsch ist es, dass in Coronazeiten ihre Kinder, die einen Teil der Pflege der Mutter wegen der Restriktionen des Bezirks übernommen haben, geringfügig „entlohnt“ werden.

Mitten im Bericht wird mir das Mikrofon abgeschaltet; der Präsident hält es nicht aus, die Belange von Menschen mit Behinderung weiter anhören zu müssen, weil er über die Fehler der Verwaltung nichts hören kann. Das zweite Mal geht es um den Antrag zum freien Eintritt (in Amerang und in der Glentleiten) für alle Flüchtlinge, nicht nur für ukrainische. Natürlich weiß der Präsident, dass unser Antrag gut begründet ist und wir mit dem Argument des *Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes*, dass niemand wegen seiner Herkunft bevorzugt oder benachteiligt werden darf, im Recht sind. Er fordert, den Antrag nicht zu behandeln – eine Gegenrede muss ich mir erstreiten. Diese Gegenrede würgt er ab mit dem Argument, ich würde nicht zur Sache sprechen. Kein Mitglied des Kulturausschusses, kein einziges, beschwert sich über diese undemokratische Vorgehensweise des Präsidenten. Dass unser Antrag richtig war, zeigt sich im nicht-öffentlichen Teil der Kulturausschuss-Sitzung: Kleinlaut verkündet der Präsident: der kostenlose Eintritt für ukrainische Flüchtlinge wird nicht mehr gewährt.

Die *LINKE* hat bisher mehr als 180 Anfragen an den Bezirkstagspräsidenten gestellt. Manche Antworten sind skandalös, was die Inhalte betrifft, viele Antworten zeigen uns, wie katastrophal die Sozialverwaltung handelt (das zeigen zudem mehr als 1000 Sozialgerichtsklagen in den letzten Jahren); zu einigen Anfragen weigert sich der Präsident strikt Auskunft zu erteilen, in anderen heißt es lediglich: „dazu liegen keine Daten vor oder „kann mangels Kenntnis keine Auskunft erteilt werden“. In Bezug auf Zahlen zur PKW-Hilfe heißt es in der Antwort, es gebe dazu keine Zahlen in der Sozialverwaltung. Als wir im Frühjahr 2022 einen Antrag zur Sache PKW-Hilfe stellen, werden in der Verwaltungsvorlage die verlangten Zahlen plötzlich genannt. Im Jahr 2021 verliert der Bezirk einen Sozialgerichtsprozess, bei dessen mündlicher Verhandlung die Justitiarin des Bezirks vorträgt, der Bezirk müsse alles kontrollieren, was die Verwendung der Mittel durch die Leistungsberechtigten betreffe, weil – hören Sie gut zu – weil „in mehreren Einzelfällen Hinweise auf einen nicht mit dem gesetzlichen Leistungszweck vereinbarten Einsatz der Mittel ... aufgetaucht seien“. Unsere Anfrage nach der Anzahl der Einzelfälle, der Höhe der Beträge und dem Anteil der Fälle an der Gesamtzahl der gewährten Leistungen wurde mit einem einzigen Satz beantwortet: „Hierzu werden keine Daten erhoben“. Vor dem Sozialgericht wird ein Pauschalverdacht gegen alle behinderten Leistungsberechtigten geäußert; die Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage ergibt: Wir haben zwar keine Daten vorliegen, behaupten aber vor Gericht, dass es Behinderte gibt, die „betrügen“.

Ähnlich wie den Anfragen ergeht es unseren Anträgen. Selbstherrlich verweigert der Präsident, Anträge auf die Tagesordnung der Ausschüsse bzw. des Plenums zu setzen, weil er der Meinung ist, die beantragte Sache habe „für den Bezirk keine grundsätzliche Bedeutung“ oder sie falle in die laufenden Geschäfte des Präsidenten. Wenn allerdings – wie unser Antrag zum Formblatt VII ergab – Menschen mit Behinderung dazu gezwungen werden, mit ihrer Unterschrift zu erklären, dass sie Angehörige der Familie mit der Mobilitätshilfe nicht besuchen dürfen, der Skandal aufgedeckt wurde, kann und will selbst der Präsident die vorsätzlichen Schikanen für Menschen mit Behinderung durch die Sozialverwaltung nicht mehr decken. Die aktuellen Beispiele sind Anträge zum *Formblatt bezüglich der Pflegebedarfsermittlung* und zur Pauschale in der Eingliederungshilfe, die vom Sozialausschuss beschlossen und durch die Sozialverwaltung in eine verschleierte Kürzung der Eingliederungshilfe umgewandelt wurde. Was in diesen Vorlagen der Sozialverwaltung zum Ausdruck kommt, ist das beschädigte und andere diskriminierende Bild, das sich Verwaltungsmenschen von Menschen mit Behinderung machen: Deren Freizeit besteht nach deren Vorstellung darin Spaziergänge zu machen, Friedhöfe zu besuchen, Unterstützung bei Hobby und Spiel zu benötigen sowie manch psychosozial notwendige assistenzgestützte Tätigkeiten. Dass Menschen mit Behinderung *sex & drugs & rock'n roll* lieben könnten, dass sie ins Kino, ins Theater, zu politischen und selbst bezirklichen Veranstaltungen gehen bzw. rollen, dass sie in Chören singen, in Freibädern schwimmen und in Clubs einfach nur abhängen, dass sie also wie viele von uns ein buntes Leben leben wollen – all das kommt den Erstellern eines Formblatts nicht in den Sinn. Wenn wir nun beantragen, dass das von einem Behindertenbild aus den 1960er Jahren geprägte Formblatt zu verändern sei, dann heißt es vom Präsidenten, das habe „keine grundsätzliche Bedeutung“. Fragt sich für wen: Für die Menschen mit Behinderung hat die diskriminierende Fragestellung bezüglich ihrer gesellschaftlichen Teilhabe durchaus grundsätzliche Bedeutung.

II Inklusion: Verantwortungsvoll reden – verantwortungslos handeln

Bei meiner kleinen Vortragstour durch oberbayerische Landkreise zum Thema „Inklusion“ waren die Auskünfte von Menschen mit Behinderungen, derer Angehöriger und Freundinnen und Freunde verheerend. Eltern behinderter Kinder berichten über quälende Widersprüche und Sozialgerichtsklagen, um Rechte für ihre Kinder zu erstreiten; sie berichten von Sachbearbeiter_innen, die den Jugendlichen ausreden wollen, eine Berufsausbildung zu machen mit dem Argument, es gebe doch auch *Werkstätten für Behinderte*; von Betroffenen aus der Landeshauptstadt München ist unisono zu hören: „Seit der Bezirk uns übernommen hat, ist alles schlechter, komplizierter und demütigender geworden“. Wie können wir dann gleichzeitig bei fast jeder Sitzung vom Präsidenten hören, der Bezirk trage „höchste Verantwortung“ und die Inklusion sei ihm eine Herzensangelegenheit?

Menschen haben keinen „Wert“ – sie sind einfach da!

Unseres Erachtens besteht das Problem der Sozialverwaltung, bzw. das Problem, das Menschen mit Behinderung durch die Sozialverwaltung haben, darin, dass ein ehemaliger „Banker“ die Sozialverwaltung führt. Vielleicht erinnern sich manche an die vorletzte Kulturausschuss-Sitzung und den TOP *Johann- Nepomuk-von-Kurz-Schule*. Als es darum geht, wie die Schule mit vielen anderen Trägern und Institutionen der Behindertenhilfe vernetzt sei, bezeichnet Benedikt Bertenbreiter diese als „Stakeholder“. Dieses betriebswirtschaftliche Vokabular in Bezug auf Schüler_innen, Eltern, Lehrer und viele andere ist nur ein kleiner Mosaikstein in der Logik des Sozialverwaltungsdenkens. Dahinter verbirgt sich jedoch eine menschenunwürdige Logik. Am 2. Juni 22 heißt es vom Sozialverwaltungschef: Falls im Einzelfall die Kosten für den Bezirk nicht mehr tragbar seien, „müssen die Menschen mit einem Heimplatz versorgt werden, dann müssen wir ihnen eine andere Wohnform zuweisen“. Was hier passiert, ist die In- Wert-Setzung von Menschenleben – und gleichzeitig die Verletzung der UN- *Behindertenrechts-Konvention*. Damit nicht genug: Anfang Juli 2022 fragt der Sozialverwaltungs-Chef bei der Regierung von Oberbayern an, ob sie seine Auffassung teile. Die Regierung – die sich gerne mal mehr als sechs Monate Zeit lässt, wenn es um Widerspruchsbescheide geht – antwortet drei Wochen später so, wie die Sozialverwaltung das will: Sie ist der Meinung, der Bezirk Oberbayern habe das Recht, Menschen in Heime und andere Wohnformen zu stecken, wenn sie der Gemeinschaft zu teuer seien. Selbstverständlich wird dieser Sachverhalt nicht offen ausgesprochen, sondern in freundliche Worte gekleidet. Ambulante Leistungen seien „dann nicht“ zu erbringen, „wenn stationäre Leistungen zumutbar sind und ambulante

Leistungen mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind“. Selbstverständlich werden von der den Brief schreibenden Regierungsdirektorin keine Ausführungen dazu gemacht, ab wann ein Leben in der Form, die sie den Menschen mit Behinderung an den Hals wünscht, „zumutbar“ bzw. „verhältnismäßig“ ist. Ich kenne die *Behindertenrechtskonvention* und weiß, dass dort das Gegenteil von dem steht, was Herr Bertenbreiter äußerte: „Menschen mit Behinderungen [haben] gleichberechtigt die Möglichkeit..., ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und [sind] nicht verpflichtet..., in besonderen Wohnformen zu leben“ (Artikel 19). Und der Präsident: Er verweigert es, die mehr als 700 Unterschriften entgegenzunehmen, die gegen diesen skandalösen Ausspruch gesammelt wurden und schreibt, er stehe ganz hinter der Aussage von Herrn Bertenbreiter.

Vielleicht wäre es angemessen, wenn sich die Sozialverwaltung für einen Tag eine Fortbildung genehmigt und die *Behindertenrechts-Konvention* studiert, um das eigene Handeln endlich daran auszurichten. Wer bei Leistungen der Inklusion davon spricht, dass sie nur erbracht werden, wenn sie „verhältnismäßig“ seien, was das schnöde Geld betrifft, der rechnet menschliche Lebensqualität in Geldwert um. Menschen – Herr Bertenbreiter – haben aber keinen Wert – *sie sind einfach da und sollen so leben können wie Sie und ich!*

Zumutbarkeit – Das musst Du aushalten!

Zur Zumutbarkeit, welche die Regierungsdirektorin gerne für andere festlegen will, möchte ich Ihnen einen Fall schildern, der die Unmenschlichkeit unserer Sozialverwaltung erneut unterstreicht: Frau H. (seit Geburt leidet sie an einer Tetraspastik mit Lähmung der Beine und des rechten Arms) fährt bis 2019 einen PKW. Der Bezirk finanzierte ihr sowohl den Führerschein als auch das KfZ. Der Antrag auf einen neuen PKW, nachdem der alte kaputt war, wird mit dem Argument abgelehnt, es sei Frau H. zuzumuten, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Die nächste Busstation ist 2 Kilometer entfernt, Frau H. soll also sommers wie winters mit ihrem E-Rollstuhl dorthin fahren. Busse fahren aber in der Nähe ihres Wohnorts lediglich bis 16 Uhr werktags und am Wochenende garnicht; das – nämlich die Unmöglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe abends und am Wochenende – so ein Schreiben der Sozialverwaltung, sei ihr zuzumuten. Auf unsere Anfrage, wie jemand am Schreibtisch über Zumutbarkeit in Bezug auf einen schwerstbehinderten Menschen entscheiden könne, ohne seine realen Lebensverhältnisse zu kennen, heißt es: „Ein solcher Fall kann nicht auftreten.“

Die Sachbearbeitung ermittelt und prüft alle entscheidungserheblichen Tatsachen“. Die Unverfrorenheit, mit der der Präsident in seiner Antwort – den Fall Frau H. betreffend – rechtfertigt, wie die Sozialverwaltung das Leben eines Menschen so zurechtstutzt, dass er weitgehend zu Hause bleiben muss, ist kaum zu ertragen. Frau H., die ich in Sachen Bezirk oft berate, kennt in Bezug auf den Bezirk nur eine Frage: „Wieso tun die mir das an?“.

Ich habe darauf keine Antwort – ich kann nur feststellen, dass – ganz im Gegensatz zu den Reden auf den Veranstaltungen der vom Bezirk organisierten Erinnerungs- und Gedenkanlässe – die Logiken der Aussonderung und Selektion immer noch vorhanden sind. Was früher „volkswirtschaftlich unnütz“ hieß, heißt heute „unverhältnismäßige Mehrkosten“ – und wieder sind es Schreibtischtäter und -täterinnen, die anderen Menschen zumuten, ein Leben zu führen, von dessen Elend sie, das sie aber mit verursachen, keine Ahnung haben. Wenn der Präsident „Inklusion“ sagt, dann vergisst er, dass – im Haushaltsplanpapier von Herrn Getzlaff auf Seite 38 ausgewiesen – so viele Förderschüler_innen wie noch nie in Oberbayern beschult wurden; und er vergisst, dass – so zu lesen im so genannten „Schattenbericht“ 2015 zur Umsetzung der *Behindertenrechtskonvention* in Deutschland – Behindertenwerkstätten „schrittweise abgeschafft und eine sofort durchsetzbare Ausstiegsstrategie sowie Zeitpläne dafür“ zu erstellen sind, 2015, meine Damen und Herren. Und was macht der Bezirk Oberbayern: Er finanziert Werkstätten in Millionenhöhe für Lebenshilfe, Caritas und andere Träger, anstatt sie unter Druck zu setzen, um Inklusion endlich Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir lehnen als *LINKE* den Haushaltsplan für 2023 ab. Die Kämmerei hat ihre Aufgabe gewissenhaft und hervorragend gemacht. Der Präsident jedoch und seine Gefolgsleute im Kooperationsausschuss haben eindeutig Nachhol- und Förderbedarf, was demokratisches Handeln betrifft; und

die Sozialverwaltung zeigt durch ihre Rechtsabteilung und ihren Chef, dass sie von der *UN-Behindertenrechtskonvention* nichts, aber auch gar nichts verstanden haben. Menschen mit Behinderung werden schikaniert, gequält und gedemütigt – wir werden weiter an der Aufdeckung dieser Skandale arbeiten!

Prof. Dr. Klaus Weber (Fraktionssprecher *LINKE* im Bezirkstag von Oberbayern)

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Weber (Fraktion Bayernpartei)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

es ist zwar schon fast alles gesagt worden, nur nicht von jedem. Aber natürlich ist die jährliche Haushaltsrede eine Kür in der Bezirkstagsarbeit und deshalb bitte ich Sie kurz um Ihre Aufmerksamkeit.

Vorweg nur kurz eine Bemerkung zu meiner Vorrednerin. Die Bayernpartei Fraktion ist der Überzeugung, dass die Sozialverwaltung des Bezirks ganz überwiegend ordentlich arbeitet. Wir haben grundsätzlich Vertrauen zu unserer Verwaltung. Fehler einzelner passieren natürlich immer wieder, sollten aber die positive Absicht der Verwaltung nicht negieren.

Zunächst möchte auch ich mich im Namen der Bayernpartei Fraktion ganz herzlich bei Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber für die sehr gründliche und informative Vorstellung des kommenden Haushalts bedanken!

Die wichtigsten Eckdaten erneut zu wiederholen erspare ich Ihnen und möchte gleich auf den Kern der Sache kommen.

Der größte Brocken „Soziales“ ist von uns nur bedingt beeinflussbar, weshalb auch Personalsteigerungen insbesondere in diesem Bereich nicht abwendbar sind.

Ein Thema, das uns als Bayernpartei Fraktion besonders berührt, ist die Kulturarbeit. Hier sehen wir im neuen Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik sehr positive Ansätze. Insbesondere nachdem die Literatur in Bruckmühl Einzug gehalten hat, begrüßen wir es sehr, dass nun bei der Populärmusik ein Schwerpunkt auf die Mundart gelegt werden soll.

Bei aller positiven Kritik komme ich allerdings mit der Abkürzung des Zentrums überhaupt nicht zurecht. „Zemuli“ erinnert mich mehr an ein störrisches bayerischer Gebirgsmuli als an Kulturarbeit!

Zurück aber zur Beschlussempfehlung die uns hier vorliegt.

Besonders aufgrund der konstanten Bezirksumlage, aber auch da der Schuldenstand sehr moderat ist, wird die Fraktion der Bayernpartei dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Trotzdem möchte ich diese Gelegenheit wahrnehmen und zwei Anregungen zu machen welche, wenn überhaupt, voraussichtlich erst in der nächsten Wahlperiode umgesetzt werden können.

Zum einen wäre es aus meiner Sicht wünschenswert, wenn in beschließenden Ausschüssen der Informationsstand für Bezirksräte noch etwas verbessert werden könnte. So ist es z. B. im Personalausschuss gängige Praxis, dass nur die letzten beiden Bewerber vorgestellt werden. Hier wäre es durchaus wünschenswert, wenn bereits im Vorfeld in nichtöffentlicher Sitzung die gesamten Bewerberunterlagen eingesehen werden könnten.

Meine zweite Anregung betrifft das Bezirkstagsplenum. Durch die Geschäftsordnung ist festgelegt, dass fast alles, was nicht durch die Bezirksordnung zwangsweise ins Plenum muss, in den beschließenden Ausschüssen (primär dem Bezirksausschuss) abschließend behandelt wird. Dies macht natürlich oft Sinn, gerade im Sinne einer effizienten Arbeitsweise. Aber vielleicht wäre es bei der Diskussion über die neue Geschäftsordnung zu Beginn der nächsten Wahlperiode positiv, hierauf einen Gedanken zu verschwenden. Und wenn dann im „schlimmsten“ Fall statt 2 Plenumsitzungen im Jahr, vier herauskommen, wäre dies sicher nicht schlimm.

Schließlich möchte ich mich besonders bei allen bedanken, die für eine konstruktive Atmosphäre im Bezirkstag gewirkt haben. An der Spitze steht hier sicherlich unser Präsident Josef Mederer, aber auch alle anderen.

Ihnen allen wünsche ich von Herzen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest, Gottes Segen und ein glückliches gesundes neues Jahr 2023.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Dr. Wittmann (Ausschussgemeinschaft ödp/Tierschutzpartei)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren,

die Mitglieder der ÖDP und der Tierschutzpartei bedanken sich bei Frau Hirschhuber und Herrn Getzlaff für die anschauliche Darstellung des Haushaltsentwurfes und die Antworten auf unsere Fragen. Unser Dank geht auch an alle Mitwirkenden in der Bezirksverwaltung.

Die Gesamtsituation des Haushalts wurde in den vorangegangenen Reden ausführlich besprochen. Deshalb gehe ich hier lediglich auf einige für uns wichtige Punkte ein.

Inklusion:

Ein Highlight war die diesjährige Verleihung des Inklusionspreises. Der erste Preis ging an A.L.M., Alpen. Leben. Menschen, ein Projekt des Malteser Hilfsdiensts und des Deutschen Alpenvereins, das Wandertouren im Alpenraum anbietet, an denen Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam teilnehmen. Solche Ideen sollten aus unserer Sicht auch über die Preisverleihung hinaus gefördert werden.

Es wurden viele gute Projekte ausgezeichnet, besonders gefällt uns auch die „Inklusive Bushaltestelle“ der Diakonie Herzogsägmühle. Busfahrpläne, die besser lesbar und in der Höhe verstellbar sind, so dass sich auch sehr kleine Personen und Rollstuhlfahrer über die Abfahrtszeiten informieren können: Wir finden, dass „Mobilität für alle“ in naher Zukunft selbstverständlich sein sollte.

Krisendienst:

Die Leitstelle des Krisendienstes Psychiatrie Oberbayern verzeichnet pro Jahr etwa 30.000 Telefonkontakte mit Menschen in einer psychischen Krise. Oft ist auch ein Einsatz vor Ort notwendig, letztes Jahr (2021) war das 2.113 mal der Fall.

Ein sinnvolles Angebot, das zeigt auch die anhaltend hohe Inanspruchnahme.

Erinnerungskultur:

Der Politische Beirat für den Arbeitskreis Erinnerungskultur begleitet und unterstützt die Erinnerungskultur in Oberbayern. Die Erinnerungskultur findet unter anderem im Rahmen von Gedenkveranstaltungen und Publikationen über die Patientenmorde im Nationalsozialismus statt.

Die Opfer dürfen nicht vergessen werden. Zusätzlich zum Gedenken wird die Forschung zu den nationalsozialistischen Patientenmorden vorangebracht. Wir sehen es positiv, dass der Bezirk Oberbayern diese Aufgabe sehr ernst nimmt.

Bauwesen:

Wir hoffen, dass die 2020 durch die ÖDP angestoßene Diskussion zum Thema Auswahl von Baumaterial nach regionalen und ökologischen Gesichtspunkten fortgesetzt wird und dass bald ein dementsprechender Beschluss gefasst wird.

Öffentlichkeit:

Der Antrag der ÖDP/Tierschutzpartei vom 24.04.2020 zum Livestream wird heute unter Top 5 behandelt werden. Ein Livestream, der dauerhaft oder zumindest bis zum nächsten Plenum online bleibt, ermöglicht mehr Partizipation und damit auch mehr Öffentlichkeit.

Das wäre wünschenswert, trotz der dadurch verursachten Kosten.

Dass unser Gremium von außen zu wenig wahrgenommen wird, wird auch jetzt wieder deutlich: Es geht heute um Ausgaben in Höhe von 2,4 Milliarden, aber wo sind die Vertreter der Presse?

Klimaneutralität:

Der Bezirk Oberbayern strebt bis 2030 eine CO2-neutrale Bezirksverwaltung, einschließlich der Einrichtungen des Bezirks, an.

Für die Handlungsfelder Liegenschaften, Mobilität, IT-Infrastruktur und Beschaffung wurden Klimaschutzmaßnahmen entwickelt.

Wir begrüßen es, dass in dem erarbeiteten Konzept auch weitere Maßnahmen, wie die Wahl der Verkehrsmittel zum Arbeitsplatz, thematisiert werden.

Nicht berücksichtigt wurde, dass in Deutschland - neben dem Energiebereich und der Industrie - die industrielle Landwirtschaft mit Tierhaltung eine zentrale Quelle von Treibhausgasen darstellt. Ich werde es immer wieder wiederholen: Fleisch- und Milchprodukte sind verantwortlich für Energieverschwendung, Klimawandel, Umweltschäden und vor allem für unfassbares Tierleid.

Unsere Ausschussgemeinschaft hatte deshalb den Antrag gestellt, in den Einrichtungen des Bezirks jeweils ein veganes Gericht zur Auswahl anzubieten. Das ist nur ein minimaler Eingriff. Selbst dieser Antrag scheiterte. Wo sind die Prioritäten?

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bezirk seine Entscheidungen und seinen Haushalt an sozialer Gerechtigkeit und an ökologischen Zielen ausrichtet.

Wir sind uns sicher, dass es dem Bezirk Oberbayern gelingen wird, auch 2023 seinen Aufgaben wieder vollständig nachzukommen.

Das Geld ist gut angelegt und die Mitglieder der ÖDP und der Tierschutzpartei stimmen dem Haushalt zu.

Ihnen allen danke ich herzlich und wünsche Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest!

Mit der Rede von Frau Wittmann ist die Aussprache zum Haushalt beende.

Bezirksrat Speer bedankt sich im Namen der Landräte für die angenehme Zusammenarbeit.

Beschluss:	1. Für das Haushaltsjahr 2023 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 2.406.900.000 € sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 51.025.000 €
-------------------	--

	zugestimmt. 2. Dem Finanzplan 2022 bis 2026 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 3. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2023 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2022 bis 2026 wird zugestimmt. 4. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2022/2023 der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2022 bis 2026 wird zugestimmt. 5. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2023 wird zugestimmt. 6. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2023 auf 22,00 v.H. festgesetzt. 7. Die Haushaltssatzung 2023 wird beschlossen. angenommen	Ja 68 Nein 8
--	---	---------------------

TOP 3 **Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon: Überschreitung des geplanten Defizites 2022, Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben**

Für das Jahr 2022 sieht der Wirtschaftsplan des Klosters Seeon, Kultur- und Bildungszentrum des Bezirks Oberbayern ein Gesamtdefizit inklusive Abschreibungen von 2.336.300 € und ein operatives Defizit in Höhe von 747.500 € vor. Der operative Verlust wird wie bislang über den Bezirkshaushalt ausgeglichen.

Für das Jahr 2022 wird eine Überschreitung der o.g. Plandefizite um bis zu 390.000 € erwartet (Stand Oktober 2022).

Beschluss:	Der Bezirkstag stimmt einer Erhöhung des Gesamtdefizites 2022 und des operativen Defizites 2022 um einen Betrag von 390.000 € zu. Der operative Verlust erhöht sich von 747.500 € auf 1.137.500 €, das Gesamtdefizit erhöht sich von 2.336.300 € auf 2.726.300 €. Die auf der Haushaltsstelle 1.87100.71500.999 „Kloster Seeon – Zuschüsse für laufende Zwecke“ entstehenden überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 390.000 € werden genehmigt. Die Deckung erfolgt über Mittel der Haushaltsstelle 1.02910.64500.999 „Sonstige Bezirksverwaltung – Unfallversicherung“. angenommen	Ja 72 Nein 0
-------------------	---	---------------------

TOP 4 **Vorstellung des finalen Klimaschutzkonzepts**

Das integrierte Klimaschutzkonzept bildet die Grundlage für zukünftige Klimaschutzaktivitäten des Bezirks Oberbayern und zeigt den Fahrplan in Richtung Klimaneutralität bis 2030 auf. Dabei wurden die Handlungsfelder Eigene Liegenschaften, Mobilität, IT-Infrastruktur und Beschaffung betrachtet, Potenziale ermittelt und Klimaschutzmaßnahmen entwickelt. Mit der Einführung eines Controllings werden die Energieverbräuche und Treibhausgasemissionen künftig überwacht.

Beschluss:	Der Bezirkstag von Oberbayern beschließt die Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes und des Klimaschutz-Controllings.
	angenommen Ja 64 Nein 6

TOP 5 Anträge der FDP vom 02.11.2018 und der ödp und Tierschutzpartei vom 24.04.2020: Livestream

Der Bezirkstag berät über die Anträge der FDP vom 02.11.2018 und der ödp und Tierschutzpartei vom 24.04.2020 zum Livestream und die Speicherung des Streams für die Dauer der Amtsperiode. Die ödp und die Tierschutzpartei nehmen ihren Antrag vom 24.04.2020 zurück.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, dem Antrag der FDP-Fraktion vom 02.11.2019 dahingehend zuzustimmen, die Sitzungen des Bezirkstags von Oberbayern im Livestream zu übertragen, zusätzlich im Jahr 2023 als Probelaufe die Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses auch live zu streamen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mehrkosten des Livestreams Sozial- und Gesundheitsausschuss zu erarbeiten.
	angenommen Ja 70 Nein 4

TOP 6 Änderung der Geschäftsordnung

Der Bezirkstag berät und beschließt über die Neufassung der Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern mit Änderungen, die die Zulassung eines Livestreams, die unbefristete Zulassung von Hybridsitzungen und die Zuständigkeit des Bezirkstagspräsidenten im Rahmen von personalrechtlichen Angelegenheiten betreffen.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern vom 15.12.2022 und beauftragt die Verwaltung mit der Veröffentlichung.
	Über die einzelnen Geschäftsordnungspunkte wurde getrennt abgestimmt:
	§ 17 Abs. 6 S. 2 Nr. 2 GeschO
	angenommen Ja 68 nein 5
	§ 19 Abs. 4 GeschO Livestream
	angenommen Ja 72 nein 1
	§ 21a und § 37 Abs. 3 GeschO Hybridsitzung
	angenommen Ja 71 Nein 0

TOP 7 Jahresbericht der Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern mit dem Schwerpunkt für die Belange der Menschen mit Behinderungen

Die Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern unterrichten den Bezirkstag über die Ergebnisse ihrer Arbeit für das Jahr 2022

Beschluss:	Der Bezirkstag von Oberbayern nimmt den Jahresbericht der Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern mit dem Schwerpunkt für die Belange der Menschen mit Behinderungen zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 8 Schafhof - Europäisches Künstlerhaus Oberbayern - Anpassung des Einrichtungsnamens

Der bisherige Name „Schafhof – Europäisches Künstlerhaus Oberbayern“ wird dem neuen Profil der bezirklichen Einrichtung entsprechend angepasst. Der inklusive Charakter wird dabei berücksichtigt. In einem vorberatendem Treffen am 29.09.2022 wurden zwei Alternativen empfohlen.

Beschluss:	Der Bezirkstag von Oberbayern beschließt den Namen Schafhof – Europäisches Kunstforum Oberbayern Kunstpartnerschaften – Residenzprogramme – Kunstvermittlung als neuen Einrichtungsnamen des Schafhofs. angenommen Ja 61 Nein 6
-------------------	---

TOP 9 Sachstandsbericht "Museumsforum Dachau"

Die Verwaltung berichtet über den aktuellen Sachstand zum „Museumsforum Dachau“.

Beschluss:	1. Der Bezirkstag nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. 2. Der Bezirkstag beauftragt die Verwaltung, bis 30.04.2023 einen beschlussreifen Satzungsentwurf vorzulegen, der den Beitritt des Bezirks Oberbayern zum jetzigen Zweckverband „Dachauer Galerien und Museen“ vorsieht. angenommen Ja 57 Nein 11
-------------------	---

TOP 10 Bestellung der Vertretungen des Bezirks Oberbayern in der Verbandsversammlung des Donaumoos-Zweckverbands

Der Bezirkstag berät und beschließt über die Bestellung der Vertretungen des Bezirks Oberbayern in der zur Änderung anstehenden Verbandsversammlung des Zweckverbands Donaumoos.

Beschluss:	1. Der Bezirkstag bestellt vorbehaltlich der Beschlüsse der beteiligten Gemeinden und der Aufsichtsbehörde und im Vorgriff auf die Veröffentlichung im Amtsblatt der Regierung von Oberbayern in der Verbandsversammlung des Donaumoos-Zweckverbands für die Fraktion B90/DIE GRÜNEN Herrn Joachim Siebler als ordentliches Mitglied und Herrn Dr. Anton Speierl als seine Stellvertretung. 2. Der Bezirkstag beschließt, Herrn Joachim Siebler als Stellvertretung von Frau Martina Keßler in der Verbandsversammlung des Donaumoos-Zweckverbands abzuwählen. 3. Der Bezirkstag bestellt als Stellvertretung für Frau Martina Keßler für die Fraktion der CSU Herrn Fabian Flössler. angenommen
	Ja 61 Nein 6

TOP 11 Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen, Geschäftsjahr 2021

Der Bezirksausschuss befasst sich mit den im Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2021 dargestellten Daten der klinischen Beteiligungen.

Der Bezirkstag befasst sich mit den im Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2021 dargestellten Daten der klinischen Beteiligungen.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt den „Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen“ des Geschäftsjahres 2021 zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 12 Antrag der Linken vom 28.07.2022: Tagesordnung

Der Bezirkstag nimmt Kenntnis von der Erledigung des Antrags der Linken vom 28.07.2022.

Beschluss:	Der Antrag der Linken vom 28.07.2022 wurde mit Schreiben vom 03.08.2022 des Bezirkstagspräsidenten erledigt. Der Bezirkstag nimmt vom Sachstand und der Erledigung Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 13 Antrag der AfD vom 29.08.2022: Schafhof

Der Bezirkstag nimmt Kenntnis von der Erledigung des Antrags der AfD vom 29.08.2022.

Beschluss:	Über den Antrag der AfD vom 29.08.2022 hat der Bezirkstagspräsident mit Schreiben vom 05.09.2022 entschieden. Der Bezirkstag nimmt vom Sachstand und der Erledigung Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 14 Antrag der AfD vom 21.11.2022: Singen der Bayernhymne

Der Bezirkstag berät und beschließt über den Antrag der AfD vom 21.11.2022 zum gemeinsamen Singen der Bayernhymne in der letzten Sitzung der Wahlperiode des Bezirkstags im Juli 2023.

Der Bezirkstag beschließt mit 51 : 14 Stimmen, den Antrag nicht zu behandeln.

Beschluss:	Antrag wird nicht behandelt
-------------------	------------------------------------

TOP 15 Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirksrätin Gräfin von Baudissin-Schmidt fragt an, warum die Sitzungen im 2. Halbjahr 203 so nah beieinander liegen. Bezirkstagspräsident Mederer erläutert, dass durch den Wahltermin die Ladungsfristen entsprechend berücksichtigt werden müssen.

Bezirksrätin Neubauer merkt an, dass der Haushalt nicht im Dezember-Plenum verabschiedet werden muss, sondern auch erst im Januar 2024 verabschiedet werden könnte.

Stellv. Bezirkstagspräsident Schneider richtet Dankesworte an Bezirkstagspräsident Mederer.

Bezirkstagspräsident Mederer bedankt sich beim Gremium und der Verwaltungsspitze für das vergangene Jahr. Stv. Bezirkstagspräsident Schneider bedankt sich im Namen der Kolleginnen und Kollegen und der Verwaltung beim Gremium für die angenehme Zusammenarbeit.

Beschluss:	kein Beschluss gefasst
-------------------	-------------------------------

Um 13:48 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Angelika Ewerhardy
Protokollführung